

+++ Thema Nr.1 +++

Wenn wir Frieden wollen, müssen wir auch mit bewaffneten Gruppen zusammenarbeiten

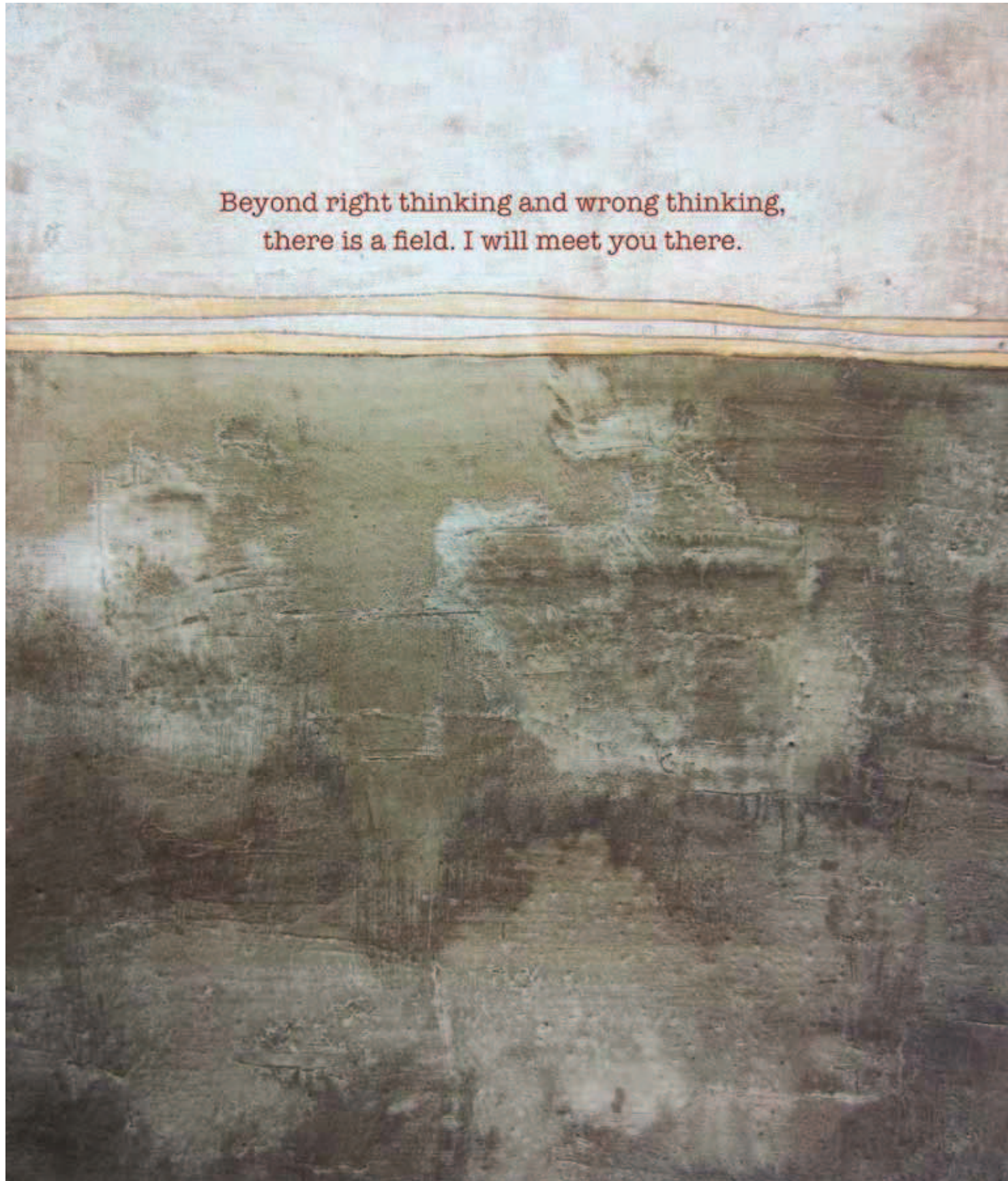
1

KOMPASS

Das Themenmagazin des Weltfriedensdienst e.V.

BIGNA NAFANTCHAM-NA,
Oberstleutnant der Força Aérea
Nacional (FAN), Guinea-Bissau

Werbung für den Frieden: Kunst exklusiv für den WFD Kompass von Bea-te Simon mit einem Zitat von Rumi, www.be-art.net



Beyond right thinking and wrong thinking,
there is a field. I will meet you there.

Arbeit mit bewaffneten Gruppen

Inhalt

WFD-Positionen

- 4 **Hans Jörg Friedrich** Wenn Kämpfer sprechen, schweigen die Waffen
- 10 **Ursula Reich, Ulrich Luig** im Interview: „Frieden ist die Kompassnadel“

ZFD vor Ort

- 8 **Nenad Vukosavljevic** Ex-Jugoslawien
- 13 **Jasmina Barckhausen** Guinea-Bissau
- 22 **Günter Schöneegg** Kongo
- 31 **Susanne und Aboubacar Souaré** Guinea-Conakry

Der persönliche Blick

- 6 **Dieudonné Kibinakanwa** „Gewalt-freiheit ist ein Kampf“
- 16 **Bigna Nafantcham-na** „Ich habe aufgegeben, mich mächtig zu fühlen“
- 24 **Lutz Taufer** Vom Untergrund ins Armenviertel

Die andere Perspektive

- 12 **Martin Zint** Mediengewalt
- 21 **Dr. Christine Pawlitzky** Mehr als Opfer
- 26 **Georg Rohde** Eigenes entgegensetzen
- 18 **Peter Schumann** Wenn wir Frieden wollen, müssen wir vor allem mit bewaffneten Gruppen arbeiten

Methoden und Ausblicke

- 27 **Christoph Mohni** Entscheidend ist das Wie
- 28 **Dr. Ruth Mischnick** In Kindersoldaten wieder Kinder sehen
- 29 **Dr. Hans-Bernd Zöllner** Myanmar - Annäherung an ein militarisiertes Neuland
- 34 **Doerthe Beer und Joachim C. Wehnelt** Kurs halten
- 20 Impressum



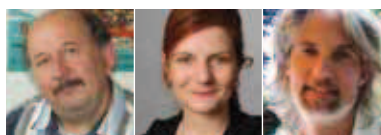
Kurs nehmen

Täter werden in der Friedensarbeit oft nicht als geeignete Zielgruppe angesehen. Dabei können sie, sobald die Rahmenbedingungen stimmen, wertvolle Mittler auf dem Weg zum Frieden sein. Wenn wir Frieden wollen, müssen wir auch mit bewaffneten Gruppen zusammenarbeiten: Sie halten das erste Themenmagazin des Weltfriedensdienstes (WFD) in der Hand. Mit dem WFD Kompass loten wir Positionen aus, geben Impulse und nehmen dabei Kurs auf die zentralen Fragen der Friedensarbeit.

Der Weg zum Frieden führt auch über die Fähigkeit, andere Sichtweisen einnehmen zu können. In diesem Heft beleuchten wir das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven: Menschen, die konkrete Expertise in der Arbeit mit bewaffneten Gruppen haben oder selbst Gewaltakteure waren, berichten von ihren Erfahrungen.

Friedensarbeit eröffnet gewaltfreie Handlungsräume. Wo dabei die Grenzen und Möglichkeiten in der Arbeit mit bewaffneten Gruppen liegen, darum geht es in diesem Heft.

Wir wünschen Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre und freuen uns auf eine Debatte, die weiter führt.



DAS PROJEKTTEAM

Martin Zint Weltfriedensdienst e.V.
Doerthe Beer Weltfriedensdienst e.V.
Joachim C. Wehnelt SiebenSinne.net

Wenn Kämpfer sprechen, schweigen die Waffen

Vorläufige Lessons Learnt aus der Arbeit mit kämpfenden Gruppen

Die Hinwendung des Weltfriedensdienstes zu bewaffneten Gruppen als einer wichtigen Zielgruppe von Friedensarbeit entstand nicht aus strategischen Überlegungen in Berlin, sondern aus dem Votum unserer Partner in Guinea-Bissau. Mehrere kriegführende Armeen hatten 1998/99 in den Armutsvierteln Bissaus Hunderte Verwehrte und Traumatisierte hinterlassen. Nun wollten die „Opfer“ aus dieser Rolle herausfinden, sich präventiv engagieren und damit bei den Militärs beginnen. Während in Bissau erste Workshops mit interessierten Uniformierten durchgeführt wurden, aus denen schließlich eine Friedens-NRO von Soldaten, Polizisten und Zivilgesellschaft entstand, entwickelte sich dazu beim WFD eine konzeptionelle Diskussion.

Es gab die These, es sei naiv, in militärischen Strukturen friedenspolitisch wirken zu wollen. Wir hinterfragten aber auch die eigene „Gewaltlosigkeit“, unterschieden zwischen Soldaten und Militarismus und erkannten, dass der erhellende Begriff des positiven Friedens dabei war, den großen Wert der bloßen Abwesenheit von Krieg zu verdunkeln. Die verbleibenden Bedenken waren weniger ideologischer Natur, sondern entsprangen einer Do-No-Harm-Perspektive: Würden wir bei vertieften Arbeitszusammenhängen mit Bewaffneten nicht schrittweise „eingebettet“ und deren Sicherheitslogik übernehmen? Und würden wir dort nicht eher eine Alibifunktion erfüllen?

Nach drei Jahren intensiver Arbeit mit bewaffneten Gruppen, die inzwischen in weiteren Projekten begonnen hat und neben regulären Einheiten auch Guerillagruppen einbezieht, steht eine systematische Evaluation unserer Erfahrungen noch aus. Klar belegt ist gleichwohl am Beispiel dreier Putsche und Putschversuche die Verhaltensänderung einer Reihe höherer Offiziere in Richtung auf Verhandlung, Folgenabschätzung und Vermeidung von Blutvergießen, oft unter großem persönlichen Engagement. Unterhalb dieser

Ebene sucht eine wachsende Zahl Soldaten angesichts verfassungsfeindlicher Befehle den Rat des ZFD-Projektpartners über Mobilfunk. Andere berichten von ihrer Flucht im Augenblick der Mobilisierung gegen Verfassungsorgane oder von der medizinischen Versorgung zurückgelassener Verletzter der Gegenseite, was zuvor offenbar nicht geschah. In allen Kasernen des Landes bekundeten Gruppen von Soldaten großes Interesse an Mediation. Kurz nach der Behandlung des Themas auf Veranstaltungen des Projekts mit Militärs erklärte sich der Generalstabschef öffentlich gegen verfassungsfeindliche Befehle. Und schließlich bemühen sich Offiziere erfolgreich um die Anbahnung von Gesprächen zwischen kämpfenden Rebellen und einer Frauenbewegung für Friedensverhandlungen im Nachbarland.

Ob auch die Abwendung zweier unmittelbar bevorstehender Kampfeinsätze nach Vermittlungsinitiativen kooperierender Offiziere tatsächlich relevante Faktoren für den unblutigen Ausgang der letzten Putsche waren, ist letztlich nicht nachweisbar. Plausibel ist die Annahme, dass die Entschleunigung der Eskalationsdynamik den bewaffneten Entscheidungsträgern die Möglichkeit gab, unblutige Optionen überhaupt in Betracht zu ziehen und zu erkennen, dass die eigenen Interessen auch gewaltfrei verfolgt werden können.

Will man die sich im Militär verbreitende Erkenntnis, auch unblutig handeln zu können, als Fortschritt werten, dürfte einer der Erfolgsfaktoren in der prozessorientierten Projektentwicklung liegen.

Fünf Thesen Warum der ZFD verstärkt mit bewaffneten Akteuren arbeiten sollte

1. Bewaffnete Akteure gehören in den Mittelpunkt des Interesses

Sie sind in vielen Staaten eine der schlimmsten unmittelbaren Bedrohungen für die Zivilbevölkerung. Über indirekte Maßnahmen mit anderen Zielgruppen kann dieses Problem nicht so überzeugend behandelt werden, dass sich auf die direkte Arbeit mit Militärs und Rebellen verzichten ließe.

2. Die Bewaffneten sind zu wichtig, um sie der staatlichen EZ zu überlassen

Offizielle Programme sind unverzichtbar, unterliegen aber vielfältigen protokollarischen Zwängen und politischen Interessenlagen. Der Aufbau kontinuierlicher Vertrauensbeziehungen etwa ist so kaum zu leisten; hier liegt ein komparativer Vorteil der Zivilgesellschaft.

Dass sich aus einer Workshopreihe einmal eine Friedens-NRO entwickeln würde, in der mit Billigung des Generalstabs Soldaten und Menschenrechtsverteidiger zusammenarbeiten, hätte keiner der ursprünglich Beteiligten auch nur als Idee formuliert, und aus isolierten Fortbildungsveranstaltungen wäre dieser Zusammenhang auch nie erwachsen. Im Rückblick ist diese NRO eine wichtige Antwort auf das „embeddedness“-Risiko: Sie bietet einen Ort außerhalb der Kasernen und Befehlsstrukturen, an dem Soldaten Probleme und Lösungen grundsätzlich und in zugespitzten Situationen reflektieren können und dürfen. Auch dies wäre jedoch nicht hinreichend, hätten die im Forum Theater organisierten Kriegsoffer und die Friedensfachkräfte nicht von Beginn an mit Blick auf die Individuen gearbeitet, statt die Teilnehmer als bloße Funktionsträger anzusprechen.

Partner und Friedensfachkräfte begannen mit privaten Kontakten und versammelten persönlich Interessierte, setzten auf den Workshops Biografien, Seelen und Körper in Beziehung zu den Ideen der Staatsgründer und der gewaltvollen Geschichte, konfrontierten Vorgesetzte und Untergebene, eingefleischte Soldaten und Militärkritiker miteinander und identifizierten gewaltförmige Kommunikation innerhalb der Workshopgruppe.

So entwickelte sich nicht nur schematisches Wissen, sondern Vertrauen zwischen allen Beteiligten über eine lebensgeschichtlich bedeutsame Erfahrung – ein Stück Identität in einer gewaltkritischen Peergroup an Stelle des Korpsgeistes. Eine weitere wichtige Bedingung war die Kontinuität – als NRO konnten wir es uns leisten, mit ausgewählten Offizieren unabhängig von der Legitimität des Oberbefehlshabers oder dessen möglichen Verstrickungen in kriminelle Handlungen weiter zu arbeiten. Bedeutsam für die Breitenwirksamkeit war schließlich die Durchführung einer Serie von „Rallyes“ mit je rund 100 TeilnehmerInnen, darunter vielen Militärs. Die landesweit stattfindenden moderierten Gruppendiskussionen zu „heißen Eisen“ wirkten als eine Art Kamm, in dem nach jeder Veranstaltung eine größere Zahl von Menschen

mit Interesse an Mediation hängenblieb – heute bilden sie ein Netz von Personen, das nicht nur in allen Militäreinheiten, sondern auch in anderen wichtigen Institutionen präsent ist (z. B. in Polizei, Bildungseinrichtungen und Redaktionen).

Die Risiken der Arbeit sind uns dabei präsent. Zwar hat sich die Gefahr, zum Feigenblatt des Militarismus zu werden, nicht bestätigt. Auch hat es den Anschein, als sei bislang mehr Gewaltfreiheit ins Militär eingewandert als militaristisches Denken in Projekt und Partner. Nicht zu übersehen ist aber, dass die projektseitigen Interpretationen politischer Ereignisse das Handeln und die Motive des Militärs differenzierter bewerten als das anderer wichtiger Akteure. Diese Bewegung ist zunächst als Korrektiv von Klischees durchaus zu begrüßen, kann aber die Grenzen zur Interessenvertretung überschreiten und sollte durch vergleichbar intensive Kontakte mit anderen konfliktrelevanten gesellschaftlichen Gruppen ausbalanciert werden. Erwartungsgemäß gab es auch Dilemmata bei der Zielbestimmung und Rollenfindung: So lief beim jüngsten Putsch das Nahziel „Es soll kein Blut fließen“ auf Mediation zwischen den Konfliktparteien hinaus – das Fernziel Demokratie und Menschenrechte auf eine klare Verurteilung der Putschisten. Im Endeffekt unternahm der Projektpartner beides. Im Grenzgebiet zum Senegal suchten die zersplitterten Rebellen unterdessen Unterstützung bei der Formulierung konsolidierter Vorschläge für Vorverhandlungen. Deren Einigung ist freilich ein Dual-use-Produkt: Es kann für belastbare Verhandlungen oder gemeinsames Zuschlagen genutzt werden. Nur Zug um Zug, gegen vertrauensbildende Meilensteine, kann man den kämpfenden Gruppen hier entgegenkommen.

Die kontinuierliche Begleitung bewaffneter Akteure erhöht gleichermaßen die Chancen auf Einflussnahme wie die Risiken einer Mitverantwortung für bewaffnete Konfliktaustragung. Die Gefahren wie auch die Möglichkeiten ihrer Eingrenzung lassen sich aber um so zuverlässiger einschätzen, je genauer man die Akteure kennt.

3. Bewaffnete sind veränderbar

Sie verstehen viel vom Kampf und wenig von Gewaltfreiheit. Sie optieren daher oft für militärische Lösungen oder lassen sich dafür instrumentalisieren. Ihre persönlichen und institutionellen Interessenlagen erfordern aber durchaus nicht den Kampf.

4. Bewaffnete brauchen Außenkontakte, um friedlich zu werden

Kasernierung, Wagenburgmentalität und Korpsgeist verhindern, dass Bewaffnete gewaltfreie Alternativen prüfen. Diese schädliche Abschottung von der Zivilgesellschaft wird durch autoritäre Politiker und NRO mit Berührungängsten gleichermaßen festgeschrieben.

5. Friedensarbeit muss Verantwortung für ihre Priorisierung übernehmen

Man kann in der Arbeit mit Bewaffneten viel falsch machen. Kompetente Friedensakteure, die deshalb diese Möglichkeit grundsätzlich ignorieren und sich stattdessen auf unproblematische Zielgruppen konzentrieren, entgehen damit nicht der Verantwortung, ihre Ressourcen dort einzusetzen, wo sie dem Frieden am wirkungsvollsten dienen.



Hans Jörg Friedrich ist Programmkoordinator beim WFD. Der Politikwissenschaftler ist Absolvent des DIE und Systemischer Berater (BIF)

„Gewaltfreiheit ist ein Kampf“



Dieudonné Kibinakanwa wuchs in Burundi als Halbweise auf. Im Bürgerkrieg zwischen Hutu und Tutsi, bei dem 300.000 Menschen ums Leben kamen, wurde auch sein Vater getötet. Im ärmsten Land der Erde rief Kibinakanwa eine Friedensorganisation ins Leben. Die Arbeit mit bewaffneten Gruppen ist für ihn eine Herausforderung

Seit meiner Kindheit weiß ich, wie Gewalt wirkt. 1972, als ich vier Monate alt war, wurde mein Vater getötet. Im Internat, auf das ich später ging, waren die Gymnasiasten in ethnische Gruppen aufgeteilt. Manchmal schliefen meine Freunde und ich außerhalb des Schlafsaals aus Angst, von den Klassenkameraden umgebracht zu werden.

Der Kreislauf der Gewalt begann in den 1960er-Jahren. Erst war Burundi unabhängig geworden, dann wurde die Monarchie abgeschafft. In den darauf folgenden Jahren kamen Tausende Menschen ums Leben. Jahrzehntlang war Burundi von der Minderheit der Tutsi regiert worden. Bei der Präsidentenwahl 1993 gewann zum ersten Mal ein Kandidat der Hutu.

Man schätzt, dass seitdem 300.000 Menschen getötet wurden. 1994 bin ich selbst auf bewaffnete Gruppen gestoßen. Beim ersten Anblick wollte ich nicht mehr am Leben sein.

Ungefähr zu dieser Zeit, mit 21, nahm ich mir fest vor, endlich etwas in meinem Leben zu ändern. Aber wie? Ich sah keine andere Chance, als mich ebenfalls den Milizen anzuschließen. Doch dann geschah ein Wunder: Kurz bevor ich zu den Truppen ging, wurde ich von den Quäkern ausgewählt,



Gitega, Burundi

als Übersetzer für Kirundi und Englisch zu arbeiten. Junge Amerikaner kamen für das Programm „Peace Presence“ zu uns nach Gitega und boten Seminare zur friedlichen Lösung von Konflikten an. Sie lehrten Erste-Hilfe-Maßnahmen für Verletzte und organisierten Jugendcamps. Nach und nach verstand ich, dass es eine Methode gibt, Dinge zu ändern, die wirksamer ist als Gewalt: Gewaltfreiheit. Seitdem widme ich mein Leben der Suche nach Frieden. Ich wollte ein Projekt gründen.

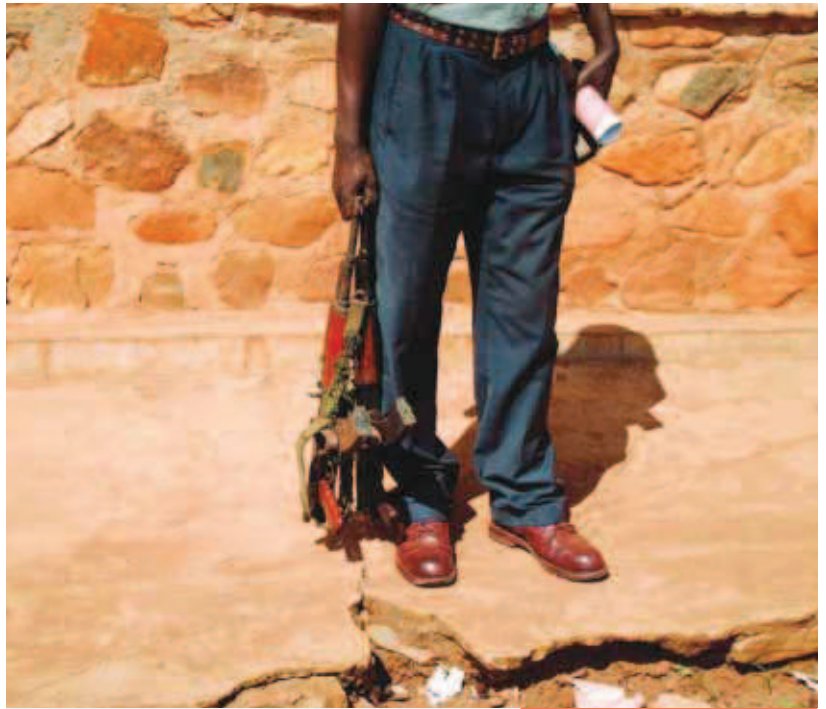
WIR HABEN MIT NICHTS ANGEFANGEN

Am Anfang waren wir zu acht. Wir hatten das Glück, uns bei einer Fortbildung zum Thema friedliche Konfliktlösung und integrierte Entwicklung zu begegnen, die 2006 stattfand. Die Fortbildung war von Quäkern in Zusammenarbeit mit dem Mennonite Central Committee (MCC) organisiert worden. Ich nutzte die Gelegenheit, um den Anderen deutlich zu machen, dass es wichtig sei, nach Ende unserer Fortbildung ein dauerhaftes Projekt zur friedlichen Konfliktlösung aufzubauen.

Wir fingen mit nichts an; ohne Finanzierung oder Ausstattung. Wir nahmen unser eigenes Geld, um starten zu können. Das war sehr schwierig, aber wir begannen mit Projekten, für die wir kein großes Budget brauchten. So organisierten wir Treffen mit jungen Leuten in den Straßen, in Schulen oder Kirchen. Die Initiativen trugen Früchte. So wurden „Friedensclubs“ gegründet, die bis heute bestehen. Außerdem begannen wir damit, Kontakt mit anderen Organisationen zu knüpfen, die sich ebenfalls für Frieden einsetzten und schlossen partnerschaftliche Verbindungen mit ihnen. So entstand Ministry of Peace and Reconciliation under the Cross (MI-PAREC).

Seit diesem Beginn konnten wir viel bewegen. Wir arbeiteten mit bewaffneten Gruppen, um den Mediationsprozess zu fördern. Für Mitglieder der Regierungsarmee organisierten wir Workshops, die von dem südafrikanischen Trainer Karl Stauffer geleitet wurden, der langjährige Erfahrung in der Arbeit mit bewaffneten Gruppen hat. Der südafrikanische Trainer Richard Smith wiederum vermittelte uns Methoden, damit wir unser Vorhaben weiter entwickeln konnten.

Die größte Gefahr in der Arbeit mit bewaffneten Gruppen bestand für uns bei gewaltsamen Aus-



einandersetzungen. Dann war das Risiko besonders hoch, mit den Bewaffneten verwechselt zu werden. Eine andere Herausforderung bestand darin, dass die bewaffneten Gruppen bei Verhandlungen viel fordernder waren. Um in ihr Camp zu kommen, musste man etwas mitbringen, einen Sack Maniokmehl zum Beispiel oder eine Ziege. Zurzeit sind die bewaffneten Gruppen im Land nicht aktiv, deshalb führt MI-PAREC gerade ein Programm zur Reintegration von ehemaligen Kämpfern in die regulären Truppen durch. Eine unserer Strategien ist es dabei, Fußballspiele zwischen ehemaligen Kämpfern und Soldaten der Regierungsarmee zu organisieren. Unserer Erfahrung nach können sich beide Gruppen im Spiel leichter annähern. Das ist keine einfache Arbeit. Es erfordert Mut.

Das gilt für das ganze Projekt. Gewaltfreiheit zu leben ist ein Kampf. Es braucht Mut, Geduld und Ausdauer. Das ist eine meiner wichtigsten Erfahrungen im Leben. Die größte Motivation ist für mich dabei, dass die Menschen den Frieden lieben, besonders die jungen. Fast die Hälfte der Bevölkerung ist unter 15 Jahre alt. Sie wollen, dass sich die Dinge zum Positiven verändern und sind bereit, sich den Machthabern zu widersetzen, die weiterhin Gewalt anwenden wollen.

Ein besonderer Moment war, als viele Menschen nach einer Kampagne die Waffen abgaben



Deshalb unterstütze ich besonders die Friedenserziehung an Schulen. Sie ist eine wirksame Art, die künftigen Verantwortlichen des Landes zu trainieren. Die Arbeit an der Basis, mit einfachen Menschen, hat eine außergewöhnliche Kraft. Sie kann unsere Gemeinschaft umwandeln, denn sie macht einen Versöhnungsprozess möglich.

Frustration stellt sich ein, wenn man Leuten begegnet, die Gewalt erlebt haben und dieselben Fehler begehen wie diejenigen, unter denen sie gelitten haben, sobald sie an der Macht sind. Hinzu kommen enorme Herausforderungen für einen dauerhaften Frieden, zum Beispiel die extreme Armut, in der die Bevölkerung lebt. Burundi gilt als das ärmste Land der Welt.

Was ich gelernt habe? Frieden ist möglich! Ich habe festgestellt, dass die Leute, die Gewalt anwenden, denken, dass sie für den Frieden kämpfen. Sie wissen einfach nicht, wie sie es anders machen können. Daher müssen die Organisationen, die sich für den Frieden einsetzen, einen möglichst großen Teil der Bevölkerung erreichen, um ihr beizubringen, dass es auch einen anderen Weg gibt, sich für den Frieden einzusetzen, nämlich die Gewaltfreiheit.

Ein besonderer Moment auf diesem Weg war, als viele Menschen nach einer Sensibilisierungskampagne freiwillig die Waffen abgaben, die sie illegal besessen hatten. Die Aktion löste im ganzen Land ein großes Echo aus. MI-PAREC erhielt von der Regierung einen Preis und der Präsident besuchte unsere Organisation. Im Laufe der Jahre ist MI-PAREC zum Modell geworden für eine erfolgreiche nationale Organisation. Ich bin stolz darauf, eines der Gründungsmitglieder zu sein.

Persönlich habe ich das Gefühl, etwas erreicht zu haben. Ich habe das gemacht, was ich mein Leben lang wollte: Dinge ändern. Jetzt habe ich eine tolle Familie mit vier Kindern, die für mich jeden Tag eine Quelle der Freude sind. Ich lebe in einem Land, das sich nach und nach erholt, weil die Gewalt sich fühlbar verringert hat. Ich habe Hoffnung.

Von 2005 bis 2011 arbeitete Dieudonné Kibinakanwa als Leiter des WFD-MIPERAC-Projekts, seit 2011 ist er Direktor von MI-PAREC

Vor Ort



ZFD-Projekt

Die Opfer würdigen

**Ex-Jugoslawien:
Centre for Nonviolent Action,
Partner der Kurve Wustrow**

Wie können Täter Verantwortung übernehmen und wieder zu einem anerkannten Teil der Gesellschaft werden? Im ehemaligen Jugoslawien bindet das Centre for Nonviolent Action ehemalige Kombattanten in die Friedensarbeit ein und begleitet sie zu Orten der Gräuelt

Viele, die für den Frieden arbeiten, sehen Ex-Kombattanten als diejenigen an, die Schuld auf sich geladen haben – die sich aktiv an den Gräueltaten des Krieges beteiligt haben. Zu einem gewissen Grad ist das auch wahr. Es ist jedoch auch wahr, dass die meisten Männer wenig Wahl hatten. Sie wurden unter Druck gesetzt und teilweise so lange inhaftiert, bis sie bereit waren zu kämpfen. Wer diese Männer beurteilt, sollte es mit Vorsicht tun, speziell wenn man aus einem sicheren Land kommt und den Krieg nicht kennt.

Ich arbeite seit zehn Jahren mit Menschen zusammen, die die Erfahrung der Ex-Kombattanten als wichtig und identitätsbildend betrachten. Obwohl ich selbst den Wehrdienst verweigert habe, lernte ich, diese Menschen zu respektieren und zu achten. Mehr noch, ich habe verstanden, dass wir einige Werte teilen, auch wenn das erst einmal eigenartig und fast unnatürlich erscheint. Es ist ihre Bereitschaft, Opfer für die Gemeinschaft zu bringen, die ich zu respektieren gelernt habe. Ihre Handlungen basieren auf der Überzeugung, etwas Gutes zu tun, etwas Wertvolles zu beschützen – sei es ihre ethnische Gruppe, den Staat, ihre Stadt, ihre Familie, ihr Haus oder die Verwandtschaft.

Ich werde die aktive Teilnahme am Krieg nie befürworten, aber ich bin froh, sagen zu können, dass ich bei meiner Arbeit, der Friedensarbeit, viele Ex-Kombattanten als Freunde und Kollegen habe. Ich bewundere ihren Mut und ihre Hartnäckigkeit, mit der sie sich heute für Gerechtigkeit einsetzen. Es ist großartig, wenn Menschen ihre Stärke zur Veränderung in sich entdecken, wenn sie weitergehen, ihre eigenen falschen Vorstellungen hinterfragen. Viele der Ex-Kämpfer haben dies getan und haben sich in ihre neuen sozialen Rollen hinein- und weiterentwickelt.

Seit 1997 engagiert sich das Centre for Nonviolent Action (CNA) im früheren Jugoslawien im Peace Building. Seit zehn Jahren führen wir Programme mit Ex-Kombattanten im Dreiländereck Bosnien und Herzegovina, Kroatien und Serbien durch. Jeder, der mit männlichen Erwachsenen in Bosnien – zwei Jahre nach Ende des Krieges – gearbeitet hat, hat mit Ex-Kombattanten gearbeitet. Während des Krieges konnten sich nur diejenigen, die flohen oder körperliche Behinderungen hatten, dem Wehrdienst entziehen. Alle anderen mussten zum Militär.

Als wir die Idee entwickelten, mit Ex-Kämpfern zu arbeiten, waren wir uns bewusst, dass uns enorme Feindbilder bezüglich der gegnerischen Kämpfer entgegenschlagen würden. Berichte über Gegner in den Medien zeigten sie als fast unmenschlich. Im allgemeinen wurden die Ex-Kämpfer als radikal, extremistisch und gefährlich für den so fragilen Friedensprozess dargestellt. Die meisten Menschen hatten Angst vor ihnen. Wir dagegen kannten viele Menschen, die diesem Bild nicht entsprachen.

Einige Jahre lang versuchten wir, Ex-Kämpfer, die Führer ihrer Vereinigungen gewesen waren, durch gezieltes Training in die Lage zu versetzen, ihre Rolle in der Friedensarbeit zu finden und diese selbstständig ausfüllen, ohne dass sie auf die Unterstützung von CNA angewiesen sein würden. Unsere Anwesenheit – ein ethnisch gemischtes Team, in dem Ex-Kombattanten und Zivilisten zusammen arbeiten – schien allerdings eine notwendige Balance und Sicherheit zu bieten, die die Gruppen brauchten, um gemeinsam zu arbeiten. Daher banden wir viele der Trainingsteilnehmer aktiv in unsere friedensbildenden Maßnahmen ein. Unter anderem produzierten wir Dokumentarfilme und publizierten Erzählbände. Dieses Vorgehen war sehr erfolgreich, besonders, da auch zivile Akteure, die starke Vorurteile gegenüber Ex-Kämpfern mitbrachten, an dem Prozess beteiligt waren.

2008 begannen wir mit einem sehr couragierten Programm. In der Praxis sah das so aus, dass Täter im Rahmen einer Aktion Gedenkstätten besuchten. Die lokalen Gastgeber bereiteten ein Besuchsprogramm vor, in dem die Täter gemeinsam mit dem Team von CNA Orte besuchten, die für das Leid der Opfer stehen. Orte, an denen Leid geschehen ist. Durch den Besuch dieser Orte von den ehemaligen Feinden wurde den Opfern eine besondere Würdigung, eine Würdigung ihrer Verluste entgegengebracht.

Es ist offensichtlich, dass diese Bemühungen, das Leid der Anderen anzuerkennen und zu würdigen, ein sehr sensibles Vorgehen erfordern. Diese Aktionen symbolisieren einen Paradigmenwechsel: „The guards“, die Beschützer der eigenen ethnischen Gruppe, drücken auf einmal ihr Mitgefühl für die Opfer aus. Sie zeigen Mitgefühl für

diejenigen, die unter den Taten, die sie selbst verübt haben, leiden und gelitten haben. Anstatt, wie so oft geschehen, die Schuld auf die Anderen zu schieben, deren Leid zu relativieren oder deren Aussagen zu manipulieren, übernehmen diejenigen Verantwortung, die bislang in der Ecke der Hardliner, der Nationalisten und der vermuteten Spoiler des Friedens gesehen wurden.

Es waren viele Verhandlungen und Treffen mit den lokalen Autoritäten, Opferverbänden, Ex-Kombattantengruppen nötig, um die Besuche möglich zu machen. Für uns und die Gruppen der ehemaligen Kämpfer waren die Besuche ein großer Schritt.

Ich muss an dieser Stelle betonen, dass die Chance, den öffentlichen Diskurs über die Vergangenheit zu beeinflussen, viel stärker durch die Beteiligung von Ex-Kombattanten gegeben ist als durch reine Friedensaktivisten. Dieses Potenzial, diese Möglichkeiten haben wir genutzt – für eine Allianz, die alle, die an dem Prozess beteiligt waren, verändert hat. Sie hat eine so gefestigte Partnerschaft und ein Engagement begründet, dass sie die Chance bietet, die üblichen politischen Machtkämpfe zu überdauern.

Für die Zukunft planen wir an unterschiedlichen öffentlichen Gedenkfeiern gemeinsam aufzutreten, um das Opfersein von ethnischen Zuschreibungen zu trennen und Mitgefühl über Grenzen hinweg zu zeigen und vorzuleben. Wir hoffen, einige der unbekannten Plätze in Bosnien, an denen Gräueltaten vollzogen wurden, kennzeichnen zu können und eine noch stärkere Medienpräsenz zu schaffen. Wir hoffen, wir finden Wege, um das dominante Modell der Erinnerungskultur zu verändern, in dem die Betrachtung der eigenen Opferrolle zentral und der Hass gegen andere dominant ist.



Nenad Vukosavljevic aus Belgrad ist eines der Gründungsmitglieder von CNA und inzwischen über die Kurve Wustrow als Friedensfachkraft entsandt

**Drückt
uns die
Daumen,
oder noch
besser:
unterstützt
den
Frieden**





„Frieden ist die Kompassnadel“

Ursula Reich und Ulrich Luig kennen das Ringen des WFD um den richtigen Weg für den Frieden wie kaum jemand sonst. Die Vorstandsmitglieder berichten über hitzige Debatten zur Gewalt, Neuorientierungen und den Charme der Generationen

WFD KOMPASS: Ursula Reich, Sie waren nach dem Bürgerkrieg in Ruanda. Ulrich Luig, Sie waren in dem besetzten Gebiet von Palästina. Wann wurden Sie dabei mit Gewalt konfrontiert?

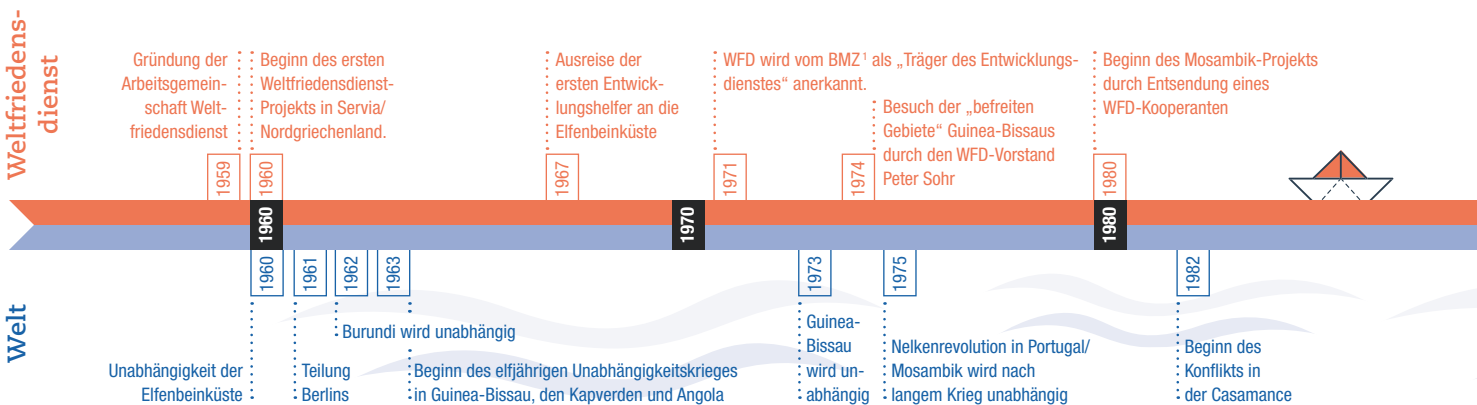
URSULA REICH: Ich war 1989 nach dem Genozid in Ruanda. Da hatten wir permanent mit dem Militär zu tun, weil es viele Gefahren im ganzen Land gab. Es gab viele Racheakte und Gründe sich zu rächen. Es war enorm, in welcher kurzen Zeit die neue Regierung für Sicherheit gesorgt hat.

WFD KOMPASS: In dieser Situation war eine legitimierte bewaffnete Gruppe also hilfreich.

URSULA REICH: In solchen Nachkriegssituationen ist Militär

und Polizei aus meiner Sicht unabdingbar, damit die Menschen erstmals wieder das Gefühl von Sicherheit haben und den Mut haben, auch wieder etwas anzubauen, weil sie darauf vertrauen können, dass sie nach einem halben Jahr die Ernte wieder einholen können.

ULRICH LUIG: Meine Erfahrungen mit dem Militär reichen in die Anfangszeit meines Einsatzes beim WFD in Palästina zurück, 1968/69. Das war kurz nach dem Sechstagekrieg. Wir haben im besetzten Gebiet gearbeitet. Das Erste, was mir gesagt wurde, war: Wenn da Straßensperren sind, halte unbedingt an, vor ein paar Wochen haben sie einen französischen



¹) Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Freiwilligen erschossen, der einfach durchgefahren ist. Wenn ich da meinen deutschen Pass gezeigt habe, war das nie ein Problem.

Meine Erfahrung als Ausländer war: Ich war relativ geschützt

URSULA REICH: Das ist ja heute noch so.

ULRICH LUIG: Auf dem Ausländerbonus fußen ja ganze Programme. An den Checkpoints können sich Soldaten aber so oder so benehmen, sie haben die Macht. Man muss mit der Unterschiedlichkeit der Menschen rechnen.

WFD KOMPASS: *Der Weltfriedensdienst wurde nach dem Zweiten Weltkrieg als pazifistische Institution gegründet. Heute arbeiten WFD-Kooperanten in Guinea-Bissau, Conakry und demnächst im Senegal mit bewaffneten Gruppen. Hätten Sie sich das träumen lassen?*

ULRICH LUIG: Die Idee für das Palästina-Projekt des WFD war klar: Die Aktion Sühnezeichen – die mit dem WFD nach dem Krieg im gleichen linkspazifischen Geist gegründet worden war – sollte auf der israelischen Seite arbeiten, der WFD auf der palästinensischen. Wir hatten die Aufgabe, uns in eine Konfliktsituation hineinzubegeben. In dem Sinne war es auch nicht abwegig, dass wir uns hätten vorstellen können, mit bewaffneten Gruppen zu arbeiten. Friedensdienst ist grundsätzlich in allen Bereichen möglich, in denen Konfliktpotenzial minimiert werden kann. Eugen Rosenstock-Huessy, der „Erfinder“ des Weltfriedensdienstes hat immer wieder betont: „Das Gegenteil von Krieg ist nicht Frieden, sondern Friedensdienst.“ Das ist ein sehr dynamischer Friedensbegriff.

URSULA REICH: Da würde ich dir wirklich widersprechen. Ich bin ganz sicher, dass man damals überhaupt nicht zugestimmt hätte, wenn man mit der einen oder anderen Armee zusammen gearbeitet hätte. In den 1960er-Jahren gab es die politische Diskussion, die Dekolonialisierungen in Afrika zu unterstützen. Da gab es die Befreiungsarmee in Bissau und Angola, Mozambik. Die Diskussion um die Zusammenarbeit mit bewaffneten Befreiungsorganisationen hat den WFD beinahe gespalten.

WFD KOMPASS: *Es gab auch Austritte.*

ULRICH LUIG: Der ehemalige Geschäftsführer Wilfried Warneck ist ausgetreten. Ich habe damals noch einen Brief an ihn geschrieben, damit das nicht im Streit endet, aber er meinte: Das ist nicht mehr mein WFD.

WFD KOMPASS: *Wie haben Sie diese heiße Phase erlebt?*

ULRICH LUIG: Ich denke, man muss den Weg sehen, der dahin geführt hat. Der WFD hat mit der pazifistischen Grundhaltung angefangen „Nie wieder Krieg“ und Friede wird gesichert durch Freundschaft und Kommunikation. Das fanden wir als Rückkehrer aus Palästina etwas sehr lyrisch und meinten, da müssen klarere Ziele her. Daraus ist das Programm des Community Development entstanden ...

WFD KOMPASS: *... also der Ansatz, die Gemeinschaft von innen heraus zu stärken ...*

ULRICH LUIG: ... und dann kam die Erkenntnis: Wir arbeiten mit dem Community Development der Regierung in die Hände und die Bevölkerung hat wenig davon. Wir unterstützen letztendlich die Regierung dabei, dass die Bevölkerung zu ihrem eigenen Nachteil mit ihnen zusammen arbeitet. Daraus entstand die Frage: Welche anderen Partner außer Regierungen gibt es eigentlich? So kamen wir zu der Überlegung: Wir wählen einen Partner, dem wir zutrauen, inhaltlich das Richtige zu tun – und das waren in dieser Situation die Befreiungsbewegungen.

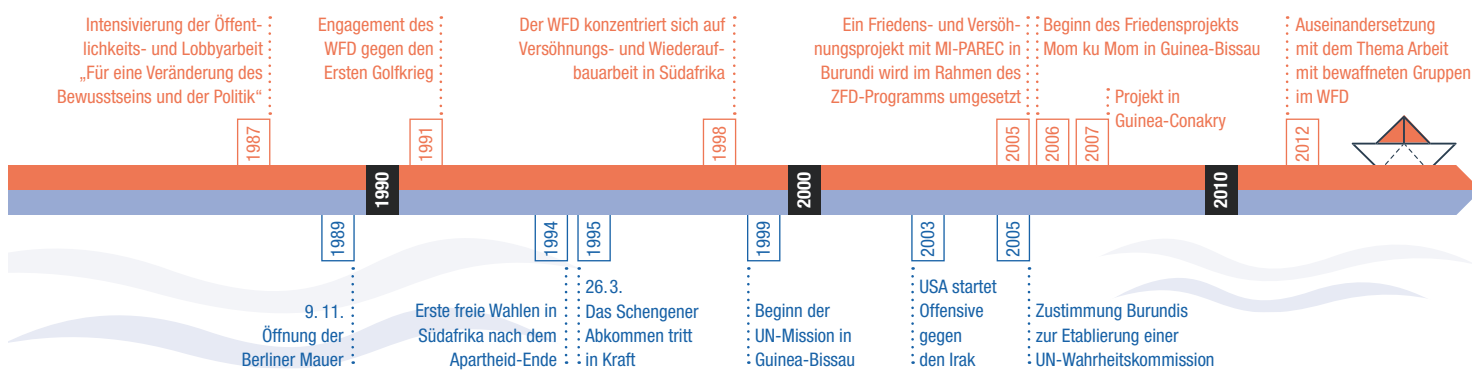
URSULA REICH: Das war auch ein Generationenkonflikt: Nachkriegsgeneration und die Achtundsechziger. Es war dann recht enttäuschend zu sehen, was die Befreiungsbewegungen machten, als sie an die Macht kamen.

WFD KOMPASS: *Was hat den WFD wieder zusammengeführt? Was ist die gemeinsame Motivation, die Quelle des Engagements im WFD?*

ULRICH LUIG: Die Erfahrung, dass man etwas verändern kann. Genauso wie der Teamgedanke, der im WFD konstituierend war. Daher auch die flachen Hierarchien. Menschen, die etwas zusammen wollen, können auch etwas erreichen.

WFD KOMPASS: *Doch wie erreichen die Menschen etwas?*

ULRICH LUIG: Frieden ist wie eine Kompassnadel.



WFD KOMPASS: ... mit der Sie in unterschiedlicher Landschaft den Weg finden müssen.

ULRICH LUIG: Wir haben ja auch immer wieder darüber diskutiert, ob der Name Weltfriedensdienst überhaupt angemessen ist. Wir haben ihn behalten, da wir gesagt haben, man kann dem Frieden auf sehr unterschiedliche Weise dienen.

WFD KOMPASS: Also auch durch Zusammenarbeit mit bewaffneten Gruppen?

ULRICH LUIG: Es kann sein, dass es sinnvoll ist, mit bewaffneten Gruppen zu arbeiten. Aber es ist nur eine von vielen Möglichkeiten in der Friedensarbeit.

URSULA REICH: Es ist dann eine Möglichkeit, wenn wir die Chancen sehen und die Ressourcen mit dem Personal haben, damit unsere Herangehensweise etwas bewirken kann.

ULRICH LUIG: Über die Jahre haben wir viel gelernt, zum Beispiel: Gewalt ist nicht nur physische Gewalt, es gibt auch strukturelle Gewalt.

WFD KOMPASS: Zum Beispiel durch ungerechte Verteilung der Güter.

ULRICH LUIG: Da muss man sehr sensibel und genau hingucken, wie sie ausgeübt wird und wie man sie bekämpfen kann. Wenn wir heute von Gewalt reden, reden wir von Minimierung von Gewalt oder Maximierung von Gewalt, was ja viel sinnvoller ist. Da wurden wir im Laufe unserer Erfahrung immer präziser, das macht dann auch den Charme des WFD in der generationenübergreifenden Zusammenarbeit aus, zum Beispiel zwischen Ursula und mir als „Alt-WFDler“ und den jungen Leuten, die hier mit 24, 25 Jahren arbeiten.

WFD KOMPASS: Wenn Sie den WFD heute noch einmal gründen würden: Was würden Sie anders machen?

URSULA REICH: Wir würden die gleichen Fehler noch einmal machen. Wenn wir ins Ausland gingen, waren wir Migranten auf Zeit. Heute ist es für junge Menschen kostbarer denn je, ins Ausland zu gehen und mit dem Know-how wiederzukommen. Wir müssen hier mehr denn je lernen, die anderen Kulturen in unsere Kultur aufzunehmen.

ULRICH LUIG: Wir würden uns heute stärker noch als früher als eine globale Zivilgesellschaft begreifen. Die Menschen aus verschiedenen Kulturen, die sich hier und im Ausland begegnen, sind – verstärkt durch die digitale Kommunikation – ein Einflussfaktor, der etwas bewirken kann.

Das Gespräch führten Doerthe Beer und Joachim C. Wehnelt

Ursula Reich, Soziologin und Heilpraktikerin. 1967-68 Mitglied des ersten WFD-Teams in der Elfenbeinküste, 1975-88 Projektberaterin in der WFD-Geschäftsstelle. Heute Vorsitzende des WFD

Dr. Ulrich Luig, Pfarrer i. R., seit 1970 WFD-Mitglied. 1968-69 WFD-Freiwilliger in Palästina, 1974-77 WFD-Projektkoordinator, Mitglied des Vorstands des WFD

Kolumne —————> Die andere Perspektive

Mediengewalt

Versöhnliche Stimmen aus dem Äther

Ende der 90er-Jahre hielt ich mich in Liberia auf. Dort tobte seit fast zehn Jahren ein besonders grausam geführter Krieg. Ein zerbrechlicher Friedensprozess war in Gang gekommen und ich berichtete für verschiedene Medien (taz, Deutsche Welle) darüber. Ab Sonnenuntergang herrschte Ausgangssperre, und die langen Abende verbrachte ich mit Radio hören. Das war für mein Thema sehr ergiebig. Beim Durchhören der Stationen stieß ich auf sehr aggressive Töne und auf versöhnliche, hoffnungsvolle. Der mächtigste Kriegsherr, Charles Taylor, besaß sein Radio, KISS FM, das Kübel voller Hass über seine Hörer ausschüttete. Internationale Nichtregierungsorganisationen unterstützten dagegen den Friedensprozess mit einem professionell gemachten Radiosender (Sky Radio/Fondation Hironnelle) in Monrovia und mit der Produktion von Sendungen über Bürgerrechte, gewaltfreie Alternativen und mit verlässlichen Informationen über die Lage im Land (talking drum studio/sfcg). Diese Programme konnten von allen lokalen Radiosendern kostenlos gesendet werden. **Für Zigtausende Flüchtlinge, die genau wie ich um die Radioapparate saßen, waren diese Informationen so wichtig wie Essen und medizinische Versorgung.**

Die Wirkung konnte damals kaum gemessen werden, dazu war das Umfeld in dem vom Krieg zerstörten Land viel zu chaotisch. Aber kleine UKW-Radios gehörten für viele zur letzten Habe, und es gab eine Reihe von Anhaltspunkten, dass die Existenz versöhnlicher Stimmen im Äther und unparteiische Information den Friedensprozess förderten. Ex-Präsident Charles Taylor, heute Strafgefangener, ließ Sky Radio schließen, nachdem er die Wahlen von 1997 gewonnen hatte.

Für mich war es der erste intensive Kontakt mit der Nutzung von Medien in Friedensprozessen, und das Thema hat mich seitdem nicht losgelassen. Mittlerweile gibt es eine Reihe von Stiftungen und NGOs, die sich mit dem gezielten Einsatz von Medien in Friedensprozessen befassen und deren Projekte intensiv ausgewertet wurden.

Schon Bertolt Brecht hat von den Möglichkeiten geschwärmt, die der zu seinen Zeiten aufkommende Rundfunk für eine Demokratisierung der Gesellschaft bietet. Voraussetzung sei, so schrieb Brecht 1932, dass die Medien von einem Distributionsapparat in einen Kommunikationsapparat verwandelt werden. Stattdessen nutzten die Nationalsozialisten den Rundfunk

zunächst propagandistisch für ihre Zwecke. Töne und Bilder entfalten große emotionale Wirkungen und sind deshalb leicht zu nutzen, um Stimmungen zu erzeugen. Dagegen hilft nur glaubwürdige, verlässliche Information. HörerInnen erkennen diese sehr schnell. Nicht Gegenpropaganda heißt das Motto, sondern professionelle, an den HörerInnen orientierte Kommunikation. Die Berichterstattung sollte sich nicht nur mit den sichtbaren Ereignissen und Problemen beschäftigen, sondern lösungsorientiert sein. Medien müssen frei von fremden Interessen sein, ihre Arbeit muss allein von journalistischen Grundsätzen bestimmt werden. Aber auch auf Seiten der Empfänger gilt es Medienkompetenz zu fördern, so dass Menschen Medien autonom nutzen und aktiv gestalten können. Das Internet bietet dazu neue Möglichkeiten. Es wäre schön, wenn mit dem Internet eine Struktur geschaffen wurde, die die von Brecht geforderte kommunikative Leistung erbringen kann.



Martin Zint: Vorsitzender von PECOJON Deutschland, verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit beim Weltfriedensdienst. Mehr Infos zum Thema beim Peace and Conflict Journalism Network/PECOJON, www.pecojon.de



Friedensquelle an der Frontlinie

Projekt: Mom ku Mom, Partner des WFD

Wie können sich Sicherheitskräfte eines Regimes für eine friedliche Konflikttransformation öffnen? In Guinea-Bissau entwickelt sich mit Hilfe eines WFD-Projekts ein Dialog zwischen Militär, Polizei und Zivilgesellschaft. Ein wirksames Werkzeug ist dabei die „Ralli di Cidania“ – Staatsbürgerschaftsrallye

„Djemberem di Cumpu Combersa“ (DDCC) ist eine 2008 in Guinea-Bissau gegründete Nichtregierungsorganisation (NRO), deren Mitglieder sich für friedliche Konflikttransformation in Guinea-Bissau und der Subregion einsetzen. Dieses Ziel hat sie, obwohl – oder weil? – der DDCC aus Angehörigen des Verteidigungs- und Sicherheitssektors sowie der Zivilgesellschaft besteht.

Die Entstehung des DDCC ist auf eine mehrjährige Workshopreihe zurückzuführen, die 2005 im Rahmen von ZFD-Projekten des Weltfriedensdienstes begann. Die Initiative dazu ging von der damaligen WFD-Partnerorganisation UNDEMOV aus, die als Interessenvertretung körperlich Behinderter und

von Kriegsgepferten für Dialog und Versöhnung eintrat, um einem erneuten Aufflammen bewaffneter Auseinandersetzungen um Macht und Pfründe entgegenzuwirken; 30 Jahre nach Beendigung des Unabhängigkeitskampfes (1963-74) und fünf Jahre nach dem Ende des internen gewaltsamen Konfliktes (1998/99).

Im Rahmen des Auftaktworkshops 2005 wurden zunächst bildungspolitische Schlüsselpersonen des Militärs, der Polizei und des Grenzschutzes eingeladen und zu einem konstruktiven Dialog über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des jungen Nationalstaates, der 1973/74 von Portugal unabhängig wurde, zusammengeführt. Der Workshop wurde sehr positiv aufgenommen und die Gruppe beschloss, im darauf folgenden Jahr gemeinsam





an dem Thema weiterzuarbeiten. Beim Zusammentreffen 2006 wurden auf ausdrücklichen Wunsch der Gruppe auch VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen in die Diskussion integriert. Eine Follow-up-Reise der ModeratorInnen ergab 2007, dass die TeilnehmerInnen untereinander in Kontakt geblieben waren und die Gründung einer NRO beabsichtigten, um sich gemeinsam der gewaltfreien Konflikttransformation auf nationaler und regionaler Ebene zu widmen. Ein Vertiefungsworkshop führte 2008 schließlich zur Gründung des DDCC, dessen Mitglieder sich innerhalb ihrer Institutionen und sozialen Bezüge als „change agents“ verstehen. Im Laufe der Jahre wurde gemeinsam ein eigenständiger didaktischer Ansatz entwickelt, der auf lokalen kulturellen Konfliktbearbeitungsmethoden fußt, zur kollektiven Reflexion von Erfahrungswissen beiträgt und durch ein ausgewogenes Konzept aus Praxis und Theorie staatsbürgerliches Engagement fördern soll. Gewaltsamen Lösungswegen wird eine klare gewaltfreie Alternative entgegen gestellt und vorgelebt: durch vorurteilsbefreiten Dialog, Versöhnung und gemeinsame Gestaltung der Geschichte des Landes.

EINE QUELLE ALS TREFFPUNKT

Im Januar 2009 führten DDCC-Gründungsmitglieder, nunmehr in Partnerschaft mit dem Weltfriedensdienst und im Rahmen des WFD-DDCC-Projekts Mom ku Mom (Hand in Hand), einen Workshop mit der Kommission für nationale Versöhnung im Verteidigungs- und Sicherheitssektor (CRNSDS) durch. Die Integration der CRNSDS führte 2010 zur Übernahme des Mandats zur Bearbeitung von Konflikten innerhalb der Streitkräfte sowie in Beziehung zu Politik, Zivilgesellschaft und Zivilbevölkerung. Das ZFD-Projekt Mom ku Mom hält den durch die Workshops angestoßenen Bildungs- und Dialogprozess seit November 2009 wach, indem die Netzwerk- und Konflikttransformationskapazitäten der Mitglieder – und dadurch ihres professionellen und institutionellen Umfeldes

– gestärkt werden. Mom ku Mom nimmt sich der Verbesserung der Beziehungen zwischen relevanten Akteuren, Gruppen und Institutionen des jungen Nationalstaats an und interveniert flexibel entlang der latenten und manifesten Konfliktlinien.

Im Rahmen eines Auftaktworkshops mit Projektteam und Schlüsselakteuren des DDCC wurde das „Manifest von Varela“ vorbereitet, das am 11. Februar 2010 verabschiedet wurde. Aus aktuellem Anlass – der Stationierung von guineischen wie senegalesischen Truppen beiderseits der Nordgrenze – wurde in dem Manifest zur Vernetzung aller zivilgesellschaftlichen Akteure aufgerufen, um sich der friedlichen Bearbeitung der Konflikte zwischen Guinea-Bissau und dem benachbarten Senegal um den Grenzverlauf anzunehmen. Zudem plädierten die Unterzeichner für die Aufnahme von Friedensverhandlungen zwischen der senegalesischen Regierung und der Separatistenbewegung MFDC (Mouvement des forces démocratiques de la Casamance). Deren Konflikt zieht auch die Bevölkerung im Norden Guinea-Bissaus in Mitleidenschaft.

Ein weiteres Ziel war es, zur Versöhnung innerhalb der Sicherheitskräfte und zur politischen Stabilität beizutragen sowie für Justiz und soziale Gerechtigkeit einzutreten. Um dies zu erreichen sollte der didaktische Ansatz zur Konflikttransformation und Friedensbildung, der auch zur DDCC-Gründung geführt hatte, in die Gesellschaft getragen werden und sowohl die Spitzen der Hierarchien in Militär und Politik erreichen, als auch Eingang in das Bildungssystem finden.

Um dafür ein tatkräftiges Zeichen zu setzen, betrat das Projekt Mom ku Mom die innenpolitische Bühne. Am 7. Juni 2010, dem zwölften Jahrestag des internen Konflikts, wurde genau auf der ehemaligen Frontlinie in der Hauptstadt Bissau der Grundstein für eine Quelleinfassung gelegt. An dieser Stelle hatte der „Krieg vom 7. Juni“ 1998/99 auf allen Seiten besonders viele Todesopfer gefordert. Die Quelle wurde von Ingenieuren und Fachkräften des Militärs erbaut und am 21. September 2010, dem UN-Weltfriedenstag, zur Nutzung an die Bevölkerung übergeben.

Seither steht sie als Friedensquelle der Bevölkerung zur Verfügung, wird täglich genutzt, gemeinsam verwaltet und gilt als Symbol für

Versöhnung durch Reparation, um die Opfer des Krieges zu würdigen, die körperlichen und seelischen Wunden der Überlebenden zu heilen und den zukünftigen Generationen die Bürde der Rache und Vergeltung zu ersparen. Sie wurde Teil des friedenspädagogischen Curriculums, das DDCC/Mom ku Mom seit November 2010 landesweit unter dem Namen „Ralli di Cidadiania“ (Staatsbürgerschaftsrallye) vorstellte.

Die Rallyes fanden in den Kasernen von Gabu, Bafatá, Mansoa, Cantchungo, Quebo, Buba und bei der Luftwaffe in Bissau statt. Die Kasernen öffneten sich für ungefähr 100 TeilnehmerInnen der Sicherheitskräfte und Zivilgesellschaft, die zwei bis drei Tage lang in einen konstruktiven Dialog miteinander gebracht wurden. Ziel der Rallye ist es, ein tieferes Verständnis der historischen und aktuellen Konflikte des Landes anzustoßen, Lösungswege und Handlungsspielräume im Umgang mit Konflikten zu erweitern sowie gemeinsame Zukunftsentwürfe zu entwickeln. DDCC-Mitglieder übernahmen dabei moderierende sowie beratende Funktion. Gemeinsam und im Einvernehmen mit den TeilnehmerInnen sprachen sie offen über die (Irr-)Wege der Unabhängigkeitsbewegung und die heute noch spürbaren Folgen der damaligen Konflikte und Verbrechen.

Rallyes sind seitdem ein fester Bestandteil des Projektkonzepts. 2012 wurde die Methode inhaltlich erweitert, um Konflikte innerhalb der Sicherheitskräfte anzunehmen und diese lösungsorientiert und dialogisch zu bearbeiten. TeilnehmerInnen der Rallyes von 2011, die besonderes Engagement für Konflikttransformation gezeigt hatten, wurden als „peer educators“ in die Rallye integriert und arbeiteten mit insgesamt weiteren 300 TeilnehmerInnen vom Generalstab des Heeres, dem Generalstab der Marine und den operativen Kräften des Innenministeriums.

Insgesamt wurden bisher zwölf friedenspädagogische Großveranstaltungen durchgeführt, wofür inzwischen ungefähr 60 FacilitatorInnen von Militär, Polizei, Grenzschutz und Zivilgesellschaft ausgebildet wurden, die ihrerseits bis zu 1300

TeilnehmerInnen erreicht haben. Alle Veranstaltungen wurden ergänzend durch Radiosendungen einer breiten ZuhörerInnenschaft zugänglich gemacht.

Follow-up-Interviews mit einer repräsentativen Anzahl von TeilnehmerInnen und Vorgesetzten ergaben, dass intrapsychische und interpersonelle Konflikte bearbeitet werden konnten, dass sich die Beziehungen innerhalb von Kasernen und in deren Außenkontakten zu Zivilgesellschaft und staatlichen Autoritäten verbessert haben und der DDCC in seiner Funktion als Vermittler anerkannt wird. Nach Aussagen der Interviewten trug das gemeinsame Erlebnis erheblich dazu bei, dass ein gemeinsamer und konsistenter Friedensbegriff entstehen konnte.

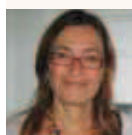
Eine Zertifizierung der Teilnahme und die Diplomierung der FacilitatorInnen, also eine offizielle Anerkennung, führten weiterhin zu einem verstärkten Gefühl der Bedeutung Einzelner im Friedens- und Versöhnungsprozess und dem Engagement für die Gestaltung der Zukunft des Nationalstaats. Die Dialogprozesse erhöhten die Akzeptanz notwendiger Reformen innerhalb der Sicherheitskräfte sowie staatlicher Apparate und motivierten zu gemeinsamer zivilgesellschaftlicher Initiative über die etablierten Konfliktlinien hinweg. An

mehreren Orten entstanden ehrenamtliche Gruppen, die sich der friedlichen Bearbeitung lokaler Konflikte annehmen. Diese Prozesse werden durch Mom ku Mom begleitet. Auch im Rahmen des Putsches 2011 nahmen DDCC Mitglieder wichtige Rollen ein. Sie vermittelten zwischen den Gruppen und trugen dazu bei, dass der Putsch primär gewaltfrei ausgetragen wurde. Derzeit mediierten DDCC-Mitglieder in Konflikten zwischen ethnischen Gruppen und Institutionen der Sicherheitskräfte und konnten dazu beitragen, dass zwei Rebellenfraktionen der MFDC, die einander auf bissauguinensischem Territorium bekämpften, im Dialog ihre Differenzen beigelegt haben und sich auf Friedensverhandlungen mit dem senegalesischen Staat vorbereiten.

In Zusammenarbeit mit dem ZFD-Projekt USOFORAL jenseits der Nordgrenze Bissaus in der senegalesischen Casamance konnten unlängst Gespräche zwischen MFDC-Kombattanten und der „Frauenplattform für den Frieden im Casamance“ aufgenommen werden.

Die friedenspädagogischen Aktivitäten von Mom ku Mom führten dazu, dass der „Djemberem di Cumpu Combersa“ im ganzen Land bekannt wurde. Das ZFD-Projekt steuerte dazu den didaktischen Ansatz bei, bildete die DDCC-Mitglieder in gewaltfreier Konflikttransformation weiter und gab ihnen die Möglichkeit, ihre eigenen KollegInnen und Vorgesetzten von der Notwendigkeit der Reformen zu überzeugen. Während der Rallyes wurde Vertrauen in die Möglichkeit geschaffen, dass sich die Sicherheitskräfte aus eigener Kraft und aus ihrer Mitte heraus selbst erneuern können.

Überarbeitet von Doerthe Beer und Joachim C. Wehnelt



Jasmina Barckhausen: Seit 2009 arbeitet die Ethnologin und Pädagogin als Kooperationspartnerin im Projekt Mom ku Mom

„Ich habe aufgegeben, mich mächtig zu fühlen“



Als Oberstleutnant der Luftwaffe gab Bigna Nafantcham-na Befehle. „Heute höre ich andere an.“ Der Offizier ist immer noch beim Militär von Guinea-Bissau – und arbeitet für das WFD-Partnerprojekt Mom ku Mom



WFD KOMPASS: *Wie kommt es, dass du dich für den Frieden einsetzt?*

BIGNA NAFANTCHAM-NA: Ich bin im Kontext eines bewaffneten Kampfes aufgewachsen und habe in meiner Kindheit die Gewalt und den Tod während des Krieges erlebt. Nach der Unabhängigkeit ging es mit den Konflikten weiter. Es ist also offensichtlich, dass wir die Probleme von Guinea-Bissau nicht mit Gewalt lösen können. Daraus folgt, dass wir miteinander reden müssen.

WFD KOMPASS: *Was bedeutet Gewaltfreiheit für dich?*

BIGNA NAFANTCHAM-NA: Frieden verhindert den Tod von Menschen und beugt einer Zerstörung der Ökonomie vor, denn Gewalt zerstört alles. Wer sich für Gewalt entscheidet, kommt nie ans Ziel, denn Gewalt kann nur mit Gewalt gehalten werden, sie führt nie zu einem positiven Ergebnis.

Im Frieden schläfst du gut, du wirst wach, isst, gehst deinem Tagwerk nach, ohne dass dich jemand tötet, verschleppt oder dir alles wegnimmt, weil er stärker ist. Frieden heißt auch, dass das Leben und die Menschenrechte nicht verletzt werden dürfen, dass jeder Mensch das Recht hat, wie ein Mensch zu leben und seine Meinung frei zu äußern. Im Frieden verbergen sich Würde und Reichtum des Menschen, im Frieden können sie zur Ruhe kommen und an die Zukunft denken.

WFD KOMPASS: *Was hat sich für dich verändert, seit du für den Frieden arbeitest?*

BIGNA NAFANTCHAM-NA: Du weißt ja, dass ich beim Militär bin. Das bedeutet, dass der Gedanke der Verteidigung allem meinem Denken zugrunde liegt. Oft denken die Leute der Verteidigung, dass sie supermächtig seien und über spezielle Mittel und Wege zu verfügen, um sich zu verteidigen. Ich habe in diesem Sinne viele militärische Denkgewohnheiten aufgegeben, wie zum Beispiel die, mich mächtig zu fühlen.

Ich habe mich auch als Mensch verändert, auch in Beziehung zu meiner Familie: Militärs denken schnell an Gewalt. Doch Gewalt ist eigentlich eine Form jemandem zu sagen: Komm nicht näher! Denn wenn dir jemand zu nahe kommt, dann glaubst du, dass er dir etwas antun möchte, und du zeigst ihm dann, dass du mindestens genauso stark bist, wie er.

Heute glaube ich, dass ich mich sehr verändert habe, denn ich denke gar nicht mehr so sehr wie ein Militär, vielmehr denke ich wie ein Staatsbürger, ich denke jetzt wie jemand, der sich für die Welt und die Gesellschaft verantwortlich fühlt. Daher hat sich mein Verhalten verändert, und meine Form, mit anderen Menschen zusammenzuleben. Früher hielt ich mich mehr unter Militärangehörigen auf, weil ich dachte, das müsste eben so sein. Aber jetzt habe ich zu allen möglichen Menschen, Gruppen und Organisationen Kontakt, und spüre, dass ich ein Teil der gesamten Gesellschaft bin. Das hat mein ganzes Leben verändert, mein Verhalten, die Art, wie ich spreche. Früher gab ich Befehle, jetzt höre ich Andere an und sie hören dann auch mich an. Es hat meine geistige Einstellung zu mir als Person verändert, meine Kultur, meine Beziehungen und ich denke, es wird auch meine Zukunft verändern.

WFD KOMPASS: *Gab es ein Schlüsselerlebnis, ein Ereignis, das dich besonders geprägt hat?*

BIGNA NAFANTCHAM-NA: Alle Ereignisse sind von Bedeutung, aber ich möchte den Putsch nennen, der kürzlich in Guinea-Bissau stattgefunden hat: am 12. April 2012. In Afrika verlaufen Staatsstreiche immer blutig, und es gibt viele Tote. Viele Menschen werden versehrt und geschädigt. Doch bei diesem Putsch – der dennoch

ein richtiger Putsch war und keine Spielerei – gab es keine Toten. Für mich ist das ein eindrucksvolles Zeichen dafür, dass unsere Arbeit den Kopf und die Mentalität der Menschen erreicht hat. Denn die Befehle der Vorgesetzten und der Protagonisten des Putsches lauteten eindeutig, dass niemand getötet oder geschlagen werden soll. Das hat mich sehr beeindruckt.

WFD KOMPASS: *Glaubst du, dass es ein sinnvoller Weg in der Friedensarbeit ist, auch mit bewaffneten Gruppen zu arbeiten?*

BIGNA NAFANTCHAM-NA: Ja, natürlich. Ich glaube, dass die Auswahl unserer Zielgruppe sehr gut durchdacht war. Und ich finde auch, dass Friedensarbeit mit bewaffneten Akteuren von ihren eigenen Kollegen gemacht werden muss, also von denen, die ebenfalls Erfahrungen mit Waffen gemacht haben. Was Guinea-Bissau betrifft, denke ich, dass ein Engagement für den Frieden unbedingt beim Militär anfangen muss. Wenn der letzte kleine Soldat davon überzeugt ist, dass Gewalt langfristig nicht zum Ziel führt, dann wird er sie nicht mehr anwenden.

In früheren Zeiten wäre dieses Szenario anders verlaufen, denn es wären erfahrungsgemäß Tötungsbefehle erteilt und ausgeführt worden. Das führte mit der Zeit dazu, dass Militärangehörige als diejenigen angesehen wurden, die dem Land Schaden zufügen. Wir haben so mit ihnen gearbeitet, dass ihnen bewusst wurde, dass sie damit aufhören müssen.

Ich möchte nicht sagen, dass Militärangehörige böse oder schlechte Menschen seien. Doch sie sind es, die einen Verteidigungsauftrag haben und bei der Ausführung des Gegenteils sichtbar werden, sodass sie folgerichtig als Komplizen zu betrachten sind. Sie sind es, die sich bekriegen, die töten, die verhaften und foltern. Auch wenn sie es auf Befehl tun, so sind sie doch die Ausführenden.

Wenn es dir gelingt, ihnen einen neuen Weg zu zeigen, ihnen zu sagen, was sie nicht tun sollen, aber auch, was sie stattdessen tun sollen, werden sie morgen zweimal abwägen, was und warum sie es tun. Wenn es gelingt, ihre Mentalität zu verändern, sodass sie wissen, dass sie die Waffe nicht zum Töten, sondern zur Verteidigung haben, dann töten sie auch niemanden.

WFD KOMPASS: *Wo siehst du diese Arbeit in zehn Jahren?*

BIGNA NAFANTCHAM-NA: In zehn Jahren muss diese Arbeit bis auf die höchste Ebene gelangt sein, womit ich die Regierung meine. Es geht nicht darum, die eine oder andere Partei zu unterstützen. Wir sprechen sie alle gemeinsam an, als Personen, die auf gesellschaftlicher Ebene Verantwortung tragen, denn Veränderungen müssen auf allen Seiten stattfinden, auch ganz oben.

In zehn Jahren möchte ich erreicht haben, dass sich die Welt ein neues Bild von Guinea-Bissau gemacht hat und von uns sagt, dass wir uns geändert haben, denn wir sind Teil der Welt und teilen internationale Konventionen. Wir sollten uns dem nicht entgegengesetzt verhalten. Mit unserer Arbeit können wir in den nächsten zehn Jahren sehr vieles verändern.

Das Gespräch führte Jasmina Barckhausen

Bigna Nafantcham-na: Bei der Força Aérea Nacional (FAN) ist er der Verantwortliche für soziale Angelegenheiten, staatsbürgerliche Bildung und Öffentlichkeitsarbeit. Als aktiver Militäroffizier wurde er für die Arbeit bei Mom ku Mom abkommandiert. Seit 2008 ist er Vereinsvorsitzender des MfM-Dachverbands DDCC

Wenn wir Frieden wollen, müssen wir vor allem mit bewaffneten Gruppen arbeiten!



Peter Schumann begleitete für die Vereinten Nationen zahlreiche Friedensverhandlungen in Kriegsgebieten wie dem Sudan und dem Kongo. Aus seiner Sicht setzen die UN-Friedensmissionen den Rahmen für einen Friedensprozess, bei dem die Zivilgesellschaft zunächst nur eine kleine Rolle spielt. Grundsätzlich sieht er, wie beschränkt externe Interventionen wirken

Grundlage einer vom UN-Sicherheitsrat autorisierten Friedensoperation ist die Bereitschaft der Konfliktparteien – Regierung wie Rebellen –, mit den Vereinten Nationen (UN) zu kooperieren. Dies kann bereits vor Abschluss eines formellen Waffenstillstandsabkommens oder nach Unterzeichnung eines Friedensvertrages sein.

Das heißt aber noch lange nicht, dass nach diesen formellen Beschlüssen bewaffnete Auseinandersetzungen nicht mehr stattfinden. Sie können immer wieder ausbrechen: manchmal zwischen den Vertragsparteien als Mittel der Politik, um eine bessere Verhandlungsposition zu erreichen. In anderen Fällen führen bewaffnete Gruppen, die nicht am Verhandlungsprozess beteiligt sind, den Kampf weiter.

Die Rolle der UN ist es dabei, einen verlässlichen und vor allem gewaltfreien Rahmen zu schaffen. Er dient zum Einen dazu, mit den Konfliktparteien Optionen abzuwägen und konkrete Vereinbarungen zu verhandeln. Zum Anderen ist er auch während der Implementierung von Abkommen nötig, um mit Vertragsverletzungen oder neuen Situationen umgehen zu können, die eine Veränderung der Vereinbarung notwendig machen.

Diese Verhandlungen können an vielen Orten stattfinden, zum Beispiel auf einer Waldlichtung an der Grenzlinie zwischen Sudan und DR Congo, wie bei den Verhandlungen mit der Lord's Resistance Army (LRA). Das Treffen kann sogar auf dem Rücksitz eines UN-Fahrzeugs stattfinden,

wie in Somalia! Diese „Gespräche“ werden nach bestimmten Regeln organisiert und durchgeführt. So ist eine Voraussetzung, dass keine Waffen getragen werden. UN-Mitarbeiter sind prinzipiell unbewaffnet, dies schließt auch Militärbeobachter ein.

Wichtig ist, den beteiligten Parteien ein sicheres Umfeld zu gewährleisten, um sich mit dem „Feind“ treffen zu können und dabei zu wissen, dass auch ein Verhandlungsabbruch als Option möglich ist. Die UN legt die Regeln der Verhandlung fest, die Parteien sind gehalten, sich an diese Abmachungen zu halten. Eine mit UN-Hilfe zustande gekommene Vereinbarung, in der sich die Parteien Amnestie von Menschenrechtsverletzungen oder anderen „crimes against humanity“ zusichern, wird nicht toleriert.

Eine Konfliktbeendigung kann nur von den Konfliktparteien selbst vereinbart werden. Sogenannte Stellvertretervereinbarungen führen erfahrungsgemäß zu neuen Konflikten. Es ist deshalb immer wieder eine neue Herausforderung zu prüfen, ob die Verhandlungen mit legitimierten Vertretern stattfinden, die eine Vereinbarung nachhaltig durchsetzen können. Die Regierungspartei und die „Befreiungsbewegung“ oder die Rebellen müssen sich auf das weitere Vorgehen verständigen, sei es die Gewalt vorübergehend einzustellen, einen formellen Waffenstillstandsvertrag zu vereinbaren oder ein Friedensabkommen zu unterzeichnen. Frieden ist das Resultat der Vereinbarung der Konfliktparteien, Konflikte in der Zukunft politisch zu lösen und – zumindest während einer Übergangsperiode – die Regierungsgewalt zu teilen oder gemeinsam wahrzunehmen.

Eine Einbindung der Zivilgesellschaft in diesen Prozess ist problematisch und führt in der Regel nicht zu einer unmittelbaren Beendigung von Gewalt. Ihre Protagonisten vertreten weder „Gewaltpotenzial“ noch können sie Gewalt als Mittel zur Durchsetzung eigener politischer Forderungen glaubwürdig androhen. Lokale NGOs fordern die UN regelmäßig auf, ihre Teilnahme an Verhandlungen zu ermöglichen. Ohne Zustimmung der Verhandlungsparteien ist dies nicht möglich. Die UN muss sich an das Grundprinzip „Zustimmung der Verhandlungsparteien“ halten. Es ist die Regierung, die mit Rebellen verhandelt.

Beide unterschreiben gemeinsam ein Abkommen und sind als Vertragsparteien für die Durchführung, aber auch für das Scheitern des Abkommens verantwortlich. Eine Ausnahme ist deshalb die Heranziehung von zivilgesellschaftlichen Organisationen seitens der Rebellen oder der Regierung zur Durchsetzung der Akzeptanz bestimmter Verhandlungsziele. In diesem Fall agieren diese Organisationen als Bestandteil der jeweiligen Verhandlungsdelegation.

Die Zivilgesellschaft spielt in einer späteren Phase eine Rolle: Während der Implementierung des Abkommens, das den Weg von einer Übergangsregierung in eine Demokratie ebnen soll. Schließlich haben die Konfliktparteien die Macht der Übergangsregierung selbst verteilt, sie ist nicht das Resultat eines demokratischen Prozesses. Das Abkommen schreibt in der Regel eine Wahl vor, die eine Übergangsregierung ablöst.

Zivilgesellschaftliches Engagement kann dazu beitragen, dass diese Prozesse wie im Friedensvertrag ausgehandelt ablaufen. Sie muss Möglichkeiten finden, die Parteien an dem zu messen, was sie ausgehandelt haben. Dies kann die Grundlage bilden für die zukünftige Partizipation an politischen Prozessen wie die Erstellung einer neuen Verfassung oder die Durchführung von Wahlen.

Ein „verhandelter“ Frieden wird erst durch neu geschaffene politische Strukturen und Verteilung von Macht garantiert, später durch Wahlen legitimiert sowie durch die Schaffung und Einhaltung von Regelwerken und Gesetzen und eine unabhängige Justiz garantiert. Dies kann ein sehr langwieriger Prozess sein!

In dieser Phase ist die Regelung von Bewaffnung im Rahmen des Gewaltmonopols des Staates von zentraler Bedeutung. Waffengesetze, die im Rahmen einer Sicherheitssektorreform geschaffen werden, betreffen nicht nur staatliche Organe wie Armee, Polizei und andere Einrichtungen öffentlicher Ordnung und Sicherheit, sondern auch die Regelung von ziviler Bewaffnung.

UN-Friedensoperationen konzentrieren sich dabei auf die staatliche Ebene, vor allem die Wiederherstellung und Durchführung des Gewaltmonopols des Staates zum Schutz der Zivilbevölkerung sowie öffentlicher Einrichtungen. Entsprechend den Vereinbarungen im Friedensabkommen werden mit den Konfliktparteien Entwaffnungs- und Wiedereingliederungsprogramme für Angehörige der staatlichen sowie der Armee der Rebellen oder Befreiungsbewegung durchgeführt.

Große Teile vor allem der am Bürgerkrieg beteiligten Zivilbevölkerung nehmen diese neu geschaffenen Schutzstrukturen nach wie vor als unmittelbare Bedrohung wahr, staatliche Gewalt wird nach wie vor durch bewaffnete Teile der Zivilbevölkerung herausgefordert.

UN-Friedensoperationen haben kein Mandat, Entwaffnungsoperationen von Zivilisten durchzuführen, sie können diese Operationen aber begleiten und unterstützen. „Civilian disarmament“ geschieht in der Regel durch zivilgesellschaftliche



Truppen der MONUSCO im Kongo

Organisationen, unterstützt von Entwicklungshilfeorganisationen wie dem UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) oder anderen spezialisierten Organisationen, finanziert durch externe Geldgeber, oft auch durch die neue Regierung. Eine Entwaffnung von Einheiten ziviler Milizen bedarf einer gesetzlichen Grundlage, geschaffen unter Einbindung der Zivilgesellschaft, von einem Parlament beschlossen und durchgeführt unter Wahrung von Sicherheitsbedürfnissen der Betroffenen und ihrer ehemals bewaffneten Unterstützer.

Zivile Konfliktbearbeitung kann einen sinnvollen, aber oft nur sehr eingegrenzten Beitrag in der Arbeit mit bewaffneten Gruppen der Zivilbevölkerung leisten, sei es mit Dorfmilizen oder anderen Bewaffneten außerhalb der regulären Truppen sowie der Rebellenarmee. Diese Unterscheidung zwischen bewaffneten Zivilisten und Kämpfern der Rebellenarmee ist wichtig, in der Realität aber oft nur schwer zu treffen, da „bewaffnete Zivilisten“ eben auch Kämpfer der Rebellenarmee sein können. Verhandlungen zwischen bewaffneter Opposition und Dissidenten, die als Ziel die gewaltsame Veränderung bestehender Machtverhältnisse und staatlicher Strukturen anstreben, können letztlich nur mit der Regierung erfolgen. Denn Zivilgesellschaft ist oft ein nicht unwesentlicher Bestandteil dieser Opposition, Dissidenten vertreten oft zivilgesellschaftliche Forderungen.

Die Erfahrung zeigt, dass eine externe Intervention in diesen politischen Prozess zwischen der politischen Führung der Rebellen und Regierung kaum erfolgreich ist, auch nicht in UN-autorisierten Friedensoperationen. In der Realität ist es so, dass es nur sehr eingeschränkt möglich ist, den Konfliktverlauf, die Konfliktintensität und vor allem die Konfliktlösung extern zu beeinflussen.



EIN BLICK IN DIE VERGANGENEN

50 BIS 60 JAHRE ZEIGT:

- Der **militärische Sieg der Rebellenarmee** über die reguläre Armee der Regierung und die dadurch eingeleitete politische Veränderung beendet den innerstaatlichen Krieg am **nachhaltigsten**.
- Der militärische Sieg der **Regierungsarmee** über die Rebellen scheint von **kurzer Dauer** zu sein, in der Regel dauert es sechs bis sieben Jahre, bis die Rebellen erneut militärisch gegen die Regierung vorgehen.
- Die **externe Intervention** ist nicht unproblematisch, es gibt die politische sowie die militärische externe Intervention sowie zunehmend auch die Kombination beider Interventionsarten.
- Die externe militärische Intervention scheint nach bisherigen Daten die **erfolgloseste Art** der Konfliktbeendigung zu sein, dabei spielt es keine Rolle, ob dies mit oder ohne UN-Sicherheitsratsmandat erfolgt. Bei der rein politischen Intervention ist das Bild nicht sehr klar, es gibt Erfolge wie in Namibia.

Wichtig bei der externen Intervention scheint die Rolle in der Konfliktbearbeitung zu sein: Unterstützt sie die Regierung oder die Rebellen? Wie sieht die Unterstützung aus, ist sie politisch oder militärisch? Welche Konfliktpartei wird unterstützt? Entwickelt die externe Intervention eine eigene und unabhängige Position, tritt sie als Mediator auf oder mit dem Auftrag, bestimmte Positionen durchzusetzen?

Eine zentrale Erkenntnis ist, dass die externe Intervention kaum eindeutige Ergebnisse zur Konfliktbeendigung vorweisen kann. Sie ist aber trotzdem die Option, die von der internationalen



Die African Union Mission in Somalia (AMISOM) zerstört Waffen der Al-Shabaab-Extremisten

Staatengemeinschaft mit erheblichen Mitteln unterstützt wird – allein zwischen Juli 2011 und Juni 2012 betrug der UN-Etat für Friedensoperationen etwa 8 Milliarden US Dollar. Hinzu kommen bilaterale und regionale Finanzleistungen, auch durch NATO und EU.



Peter Schumann, von 1983 bis 2007 für die UN in mehr als 20 Ländern in Asien, im Nahen Osten, in Afrika und der Karibik, sowie in New York am Sitz der Vereinten Nationen tätig. Heute ist er freier Berater

IMPRESSUM

Herausgeber: Weltfriedensdienst e.V.

V.i.S.d.P.: Martin Zint

Projektleitung: Doerthe Beer

Heftkonzeption: Joachim Christoph Wehnelt, www.SiebenSinne.net

Redaktion: Doerthe Beer (Inhalt) und Joachim C. Wehnelt (Textarbeit)

Design und Layout: Anja Tessmann / Artdirection & Design, www.anja-tessmann.de

Bildnachweise: S. 2 Wfd / S. 6, 27 Doerthe Beer / S. 7 WFD / S. 9 CNA / S.13/14, 16/17 Jasmina Barckhausen / S. 19 UN Photo/Stuart Price /

S. 20 UN Photo/Myriam Asmani / S. 22/23 Günter Schönegg / S. 28 Ruth Mischnick / S. 29/30 Hans-Bernd Zöllner / S. 32 Susanne Souaré

Der Weltfriedensdienst e.V. (WFD) wurde 1959 gegründet. Fachkräfte unterstützen seitdem Basisgruppen in Ländern Afrikas, Lateinamerikas und in Palästina bei der Arbeit für eine gerechtere und friedlichere Welt. In Deutschland sorgt der WFD durch innovative Bildungsarbeit dafür, dass die Probleme des Südens Thema bleiben. Wir finanzieren unsere Arbeit über Spenden. Bitte unterstützen Sie uns.

Spendenkonto 505 / Bank für Sozialwirtschaft / BLZ 100 205 00

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.

wfd.
Weltfriedensdienst e.V.

zfd Ziviler Friedensdienst
Wir scheuen keine Konflikte.

Mit finanzieller Unterstützung des BMZ

BMZ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Kolumne —————> Die andere Perspektive

Mehr als Opfer

Wir brauchen Gender-Programme für bewaffnete Konflikte

Frauen werden gemeinhin als Opfer von bewaffneten Konflikten dargestellt. Doch dieses Bild ist zu eindimensional. Zweifellos leiden Frauen besonders stark unter gewaltsamen Auseinandersetzungen. Aber sie nehmen im Konfliktgeschehen unterschiedliche Rollen ein: auch die des Opfers, aber eben nicht nur. Es ist Aufgabe der Friedensförderung, im Rahmen des jeweiligen Kontextes, die Vielschichtigkeit mit der Frauen in Konflikte eingebunden sind, zu verstehen und dafür Programme zu entwickeln. Nur so können die unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen von Frauen in den Prozess des Friedensaufbaus einfließen und angemessen berücksichtigt werden.

Denn auch Frauen wenden Gewalt an und sind Teil bewaffneter Einheiten. Im liberianischen Bürgerkrieg war laut Schätzungen einer von fünf Kombattanten eine Frau. In Nepal stellten die Vereinten Nationen in ihren Demobilisierungscamps einen vergleichbar hohen Frauenanteil in der maoistischen People's Liberation Army fest. Die kämpfenden Truppen der kolumbianischen Guerillabewegung Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia sollen bis zu 40 % aus Kombattantinnen bestehen. Nicht immer entscheiden sich Frauen freiwillig zur Teilnahme am bewaffneten Kampf. Manche werden durch Entführung und Zwangsrekrutierung involviert, wie im Fall der ugandischen Lord's Resistance Army. Sie werden als Kombattantin, Spionin, Krankenschwester und Haushälterin benutzt oder als Sexsklavin von männlichen Gruppenmitgliedern missbraucht.

Auch wenn Frauen nicht Teil einer bewaffneten Gruppe sind, können sie zu Gewalt beitragen. Preisgesänge, Heldenverehrung und die Verherrlichung des Krieges stellen eine moralische Unterstützung und eine gesellschaftliche Legitimierung des Kampfes dar, die gewaltverstärkend oder -verlängernd wirken können. Auch materielle und logistische Unterstützung wie die Versorgung mit Lebensmitteln oder das Verstecken von Waffen haben diesen Effekt. Umgekehrt haben Frauen in ihren Gemeinschaften einen großen Einfluss im Bereich der Konfliktmediation und Versöhnungsarbeit. Traditionell wurden Frauen in Somalia mit Friedensverhandlungen zwischen verfeindeten Clans beauftragt. Frauen sind auch in rezenten Konflikten Brückenbauerinnen. Bereits in den 1980er-Jahren trafen sich

palästinensische und israelische Frauen, um über friedliche Wege der Konfliktbeilegung zu diskutieren. Daraus entstand 1994 der Jerusalem Link, der israelische und palästinensische Frauenorganisationen verbindet. Im Jahr 2000 gründeten Frauen aus Liberia, Sierra Leone und Guinea die überregionale Friedensinitiative Mano River Women's Peace Network.

Bewaffnete Konflikte bringen immer einen gesellschaftlichen Wandel mit sich und führen zu einer veränderten Position von Frauen in der Familie, der Gemeinschaft und der Öffentlichkeit. In Kriegen steigt die Zahl der Familien an, denen Frauen vorstehen, da Männer sich bewaffneten Gruppen anschließen, eingezogen werden, in Gefangenschaft geraten, verschwinden oder getötet werden. In Abwesenheit der Männer sind Frauen gezwungen, für den Unterhalt ihrer Kinder, sowie alter und kranker Familienangehöriger zu sorgen. Sie müssen zu diesem Zweck wirtschaftliche Aktivitäten aufnehmen, die vorher Männer ausführten wie die Planung und Betreuung von Landwirtschaft und Viehzucht, Handel oder Lohnarbeit.

Sie werden zu Ernährerinnen ihrer Familien und zu Entscheidungsträgerinnen. Dadurch werden sie in ihren Gemeinschaften präsenter, vernetzen sich mit anderen Frauen und verfolgen ihre Interessen in der Öffentlichkeit. Nach Ende der Kampfhandlungen wird oft erwartet, dass Frauen diese Rollen aufgeben; entweder weil die Männer zurück sind und ihre Positionen wieder einnehmen wollen oder weil die Gemeinschaft versucht, die vor dem Konflikt herrschenden gesellschaftlichen Normen wiederherzustellen. Zwar rief der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2000 mit der Resolution 1325 dazu auf, die Rolle von Frauen in Konflikten und ihre Belange besonders zu berücksichtigen und sie gleichberechtigt am Friedensprozess zu beteiligen. Doch bleiben Frauen faktisch von politischen Friedensverhandlungen auf nationaler und internationaler Ebene ausgeschlossen.

Laut einer Studie von UNIFEM, die Daten von 24 Friedensverhandlungen zwischen 1992 und 2010 auswertet, waren nur 8 % der Delegierten und nur 3 % der Unterzeichner der Friedensabkommen Frauen. Die Erfahrungen, die Frauen als Kämpferinnen, Komplizinnen, zivile Opfer, Familienvorstände, Sprecherinnen ihrer Gemeinschaft und Friedensvermittlerinnen in bewaffneten Konflikten machen, werden dadurch ebenso ignoriert wie ihre Vorstellungen eines friedvollen gesellschaftlichen Zusammenlebens. Friedensförderung sollte durch konsequentes Gender-Mainstreaming dazu beitragen, dass sich daran etwas ändert.



Dr. Christine Pawlitzky ist Afrikanistin und arbeitet seit 2005 als unabhängige Beraterin zu bewaffneten Konflikten im Sudan, im Tschad, in Mali und im Niger

Vor Ort



ZFD-Projekt

Vertrauen erreichen – ohne eigene Agenda

**Kongo: CCAP,
Partner von Eirene**

In den Kongo-Kriegen waren so viele Staaten involviert, dass sie als Afrikanische Weltkriege bekannt wurden. Ein zivilgesellschaftliches Netzwerk in der Südkivu-Provinz konnte durch langjährige Arbeit vor Ort zur Entwaffnung und Auflösung von Rebellentruppen beitragen

Das Komitee zur Koordination von Friedensaktivitäten Comité de Coordination des Actions de Paix (CCAP) in Uvira, der Südkivu-Provinz im Osten des Kongo, ist ein multiethnisches zivilgesellschaftliches Netzwerk, das aus 27 Kirchen, Hilfs-, Frauen- und Menschenrechtsorganisationen besteht. Seit zwölf Jahren setzen sie sich gemeinsam für die Versöhnung zweier Ethnien ein, der Babembe und der Banyamulenge.

Ihr Konflikt hat seine Wurzeln in der bewegten Geschichte Kongos. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts wanderten Tutsi aus dem schon damals dicht besiedelten Ruanda in die dünner besiedelten Gebiete im südlichen Südkivu ein. Dort weigerten sich die Viehzüchter, sich den lokalen Chefferien zu unterwerfen und Steuern zu bezahlen. Ihre Nachfahren nennen sich heute Banyamulenge und betrachten sich als kongolesische Tutsi, werden von anderen ethnischen Gemeinschaften aber häufig als Ausländer betrachtet. Ihre kongolesische Staatsangehörigkeit wurde 1971 anerkannt, danach aber immer wieder in Frage gestellt.

Verschärft hat sich der Konflikt während der Kongo-Kriege 1996 und zwischen 1998 und 2003. In dieser Zeit war die Südkivu-Provinz von der ruandischen Armee besetzt und viele Banyamulenge verbündeten sich mit der Besatzungsarmee.

Zwischen den Banyamulenge und den anderen Ethnien im südlichen Südkivu, den Babembe, Bafuliru und den Bavira, besteht ein tiefes Misstrauen. Immer wieder ist es zu Gewaltausbrüchen und Massakern gekommen. Unter dem Vorwand der Selbstverteidigung haben sich ethnisch orientierte bewaffnete Gruppen gebildet, die das Territorium de facto kontrollieren, die Bevölkerung plündern und die Bodenschätze ausbeuten. Bei den Banyamulenge war dies die Forces républicaines et fédéralistes (FRF), bei den Babembe zuletzt insbesondere die Mai-Mai-Miliz Yacoutoumba.

Das CCAP hat jahrelange Erfahrung darin, für ein friedliches Zusammenleben zu werben und in lokalen Konflikten zu vermitteln. Seit 2008 wuchs die Einsicht, dass sich die Konflikte allein auf der Ebene der Bevölkerung nicht lösen lassen, sondern auch auf einer politischen Ebene bearbeitet werden müssen. Seitdem ist das CCAP Partner von EIRENE im Zivilen Friedensdienst



und wird von einer Fachkraft und einem Berater unterstützt. Am Anfang der Zusammenarbeit standen eine Studie und ein Strategie-Entwicklungsseminar im Februar 2009. Dabei wurden Akteure analysiert, Schlüsselakteure und change agents identifiziert, Konfliktursachen diskutiert und Ansatzpunkte für eine Arbeit mit bewaffneten Gruppen gesucht. Die daraus entwickelte Strategie bestand aus folgenden Elementen:

- Ermutigung und Begleitung der Bevölkerung, sich von den bewaffneten Gruppen zu de-solidarisieren,
- direkter Dialog mit den bewaffneten Gruppen,
- Re-Integrationsprogramm für Kämpfer, die ihre Waffen nieder legen,
- regelmäßiges Sicherheitsmonitoring.

Innerhalb des Netzwerks wurde analysiert, wer zu den Akteuren die besten Verbindungen hat. Es wurde beschlossen, die Zusammenarbeit mit den Strukturen der UN (MONUC/ab 2010 MONUSCO, UNHCR) zu verstärken. Ab 2010 gelangt es, für ein solches Programm eine Finanzierung aus Mitteln des Auswärtigen Amtes (IFA/Zivik) zu erhalten.

Die Arbeit mit der Bevölkerung brachte schnell Erfolge. Immer wieder hörte man von



Müttern, die auf ihre Söhne einwirkten, die Waffen niederzulegen und ins Dorf zurückzukehren. In kurzer Zeit hatte das CCAP eine Liste von mehr als 400 demobilisierungswilligen Kämpfern erstellt.

Der Dialog mit den bewaffneten Gruppen erwies sich besonders anfangs als schwierig. Die Regierungsbehörden weigerten sich, entsprechende Genehmigungen auszustellen, die ein Treffen mit bewaffneten Gruppen offiziell möglich machen würden. Als solche Genehmigungen später erteilt wurden, hatte die kongolesische Armee gerade eine militärische Offensive (Amani Leo II) gegen die bewaffneten Gruppen begonnen. Die strategisch wichtige Mai-Mai Yacoutoumba „entschuldigte“ sich, dass sie unter diesen Umständen nicht zu einem Treffen erscheinen könnten, da ihre Sicherheit nicht zu gewährleisten sei. Immerhin war es möglich, über Emissäre einen Kontakt aufzubauen und eine Friedensbotschaft zu übermitteln.

Erfolgreicher war der Dialog mit der FRF. Am 18. Dezember 2010 gelang es zwei Mitarbeitern des CCAP, die Führer der FRF in ihrem Lager in Kilembwe aufzusuchen. Zwei Tage lang diskutierten die Milizionäre. Am Ende formulierten sie realistische Bedingungen für eine Auflösung der FRF. Diese wurden von den CCAP-Mitarbeitern der Provinzregierung in

Bukavu übermittelt. Am 14. Januar 2011 löste sich die FRF auf, die Führungsebene wurde in die kongolesische Armee integriert. Nach diesem Erfolg zeigte sich allerdings schnell die nächste Herausforderung: eine Demobilisierung kann nicht ohne die Regierung stattfinden. In der Südkivu-Provinz interessierten sich die Behörden und Sicherheitskräfte jedoch kaum für dieses Problem, die für die Demobilisierung zuständige Einheit bestand nur auf dem Papier. Ohne Demobilisierung – also geregelte Übergabe der Waffen an die staatlichen Sicherheitskräfte und Ausstellung eines Demobilisiertenausweises – schien es schwierig, Re-Integrationsprogramme durchzuführen. So entstand im Projekt eine neue strategische Achse: „Lobbyarbeit gegenüber der Regierung“. Die Lobbybotschaft wurde in einem zweiseitigen Memorandum formuliert, in dessen Kern es darum ging, funktionierende Demobilisierungsstrategien aufzubauen.

Anfang 2011 war es soweit. Bis 2012 konnte das CCAP ungefähr 700 Ex-Kombatanten mit Aushilfsprojekten und Startkits in ein ziviles Leben reintegrieren. Die Yacoutoumba-Mai-Mai besteht allerdings weiterhin, der kongolesischen Armee gelang es nicht, diese Gruppe zu schwächen. Die Gewalt hat in den von ihr kontrollierten Gebieten eher zugenommen.

Selbst wenn eine militärisch organisierte Rebellenarmee oder Miliz aufgelöst wird, kann das neue Sicherheitsprobleme aufwerfen. Nicht alle jungen Männer geben ihre Waffe ab. Viele verlassen die Miliz und nutzen die Waffe zum Plündern. Da sie keiner Kommandostruktur mehr unterstehen, sind sie praktisch für einen politisch orientierten Dialog nicht mehr erreichbar. Hier sind neue Strategien erforderlich, die den jungen Männern eine interessante Lebensperspektive geben und sie dadurch zur Abgabe ihrer Waffen ermutigen.

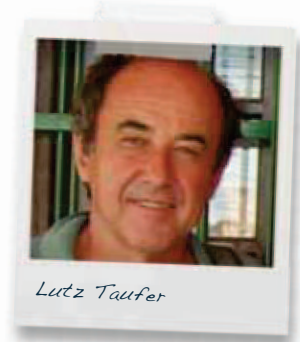
Was hat das CCAP nun bewirkt? Die zeitliche Nähe des Dialogs mit der FRF und deren Auflösung deutet auf einen Wirkzusammenhang hin, aber die Protagonisten legen sich hier nicht fest. Natürlich gab es viele weitere Einflüsse. Auch die UN verhandelte mit der FRF seit 2008 und die Regierung bot den FRF-Führern gut bezahlte, hochrangige Posten in der Armee an. Allerdings war nur das CCAP ein vertrauenswürdiger Gesprächspartner. Die Abgesandten kamen aus derselben Ethnie und wurden von lokalen Führern begleitet. So konnte in eigener Sprache über Dinge gesprochen werden, über die mit der UN oder mit den Regierungsvertretern nicht so gut gesprochen werden konnte.

Vertrauen ist ein wichtiger Faktor in solchen unsicheren und unberechenbaren Situationen. Dabei kann es zu einer Stärke der Zivilgesellschaft werden, dass sie – im Gegensatz zu den anderen Akteuren wie Regierung, UN, Armee – mit leeren Taschen und ohne eigene Agenda agieren kann. Allerdings kann das nur dann wirksam werden, wenn staatliche Akteure ihre Rolle spielen und Strukturen für Demobilisierung, Integration und Rechtssicherheit für alle Akteure schaffen.



Günter Schönegg arbeitet als Berater für Strategieentwicklung und Wirkungsorientierung bei Eirene christlicher Friedensdienst

Vom Untergrund ins Armenviertel – eine Spurensuche



Deutschland in den 1970er-Jahren: Lutz Taifer unterstützt den bewaffneten Kampf der RAF. 20 Jahre lang sitzt er im Gefängnis. 2003 wird er Kooperant des Welfriedensdienstes und hilft Jugendlichen und Erwachsenen in Brasilien

Aufgewachsen nach dem Zweiten Weltkrieg war ich ein Kind des Kalten Krieges. Diffus antikommunistisch, überhaupt dem Zeitgeist verbunden: politisch Lied, garstig Lied. Mit Politik wollte die Elterngeneration nach dem Zusammenbruch ihrer Nazi-Welt 1945 einfach nichts mehr zu tun haben. Fleiß, Ordnung, Sauberkeit, das waren die Restbestände aus der Konkursmasse. Eine triste Mondlandschaft, in der wir nicht atmen konnten. An der Uni zerriss ich vorerst aber demonstrativ Flugblätter, die mir von den StudentInnen in die Hand gedrückt wurden, die bereits auf einem anderen Weg waren. Am 3. Juni 1967 ging ich zum ersten Mal auf eine studentische Protestveranstaltung, einen Tag zuvor war in Berlin der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen worden. Wenig später das Attentat auf Rudi Dutschke. Die Logik der Radikalisierung war in Gang gesetzt. Aus der Bewegung „Friede in Vietnam“ wurde „Waffen für den Vietcong“.

Ich ging einen 68er-Weg, wie viele meiner Generation. Ein Leben im Vorgefundenen war nicht vorstellbar. Wir konnten gar nicht anders, als andere Lebensentwürfe zu erfinden. Militanz, auch gewaltsam, war kein isoliertes Phänomen. Wir sahen uns in einem gemeinsamen Kampf mit den antikolonialen Befreiungsbewegungen, etwa in Vietnam und in afrikanischen Ländern, mit bewaffnet gegen die Militärdiktaturen in Lateinamerika kämpfenden Gruppen und Bewegungen. Staatliche Repression interpretierten wir als Heraufdämmern eines neuen Faschismus in Deutschland. Einige filterten aus der gegen die RAF-Gefangenen praktizierten Isolationshaft eine Legitimation, Grenzen zu überschreiten, deren Überschreitung uns nun wirklich nicht in die Wiege gelegt war. Ich selbst beteiligte mich 1975 am Überfall auf die bundesdeutsche Botschaft in Stockholm. Wir wollten RAF-Gefangene freipressen. Ich bin mitverantwortlich für den Tod zweier Geiseln, die bei dieser Aktion erschossen wurden.

Das war die unbearbeitete Ausgangslage, mit der ich im Gefängnis erst einmal allein war. 1977, im Deutschen Herbst, entführte ein Palästinenserkommando eine Lufthansa-Maschine nach Mogadischu. Die Insassen waren Mallorca-Urlauber. Ich kritisierte die Aktion in Briefen nach draußen, aus heutiger Sicht viel zu zaghaft. Die RAF war ein Kind der 68er-Bewegung, die es nicht mehr gab, ich wollte, dass wir uns mit den neu entstehenden Bewegungen, etwa der Anti-AKW-Bewegung, auseinandersetzten. Es dauerte, bis ich in meinem Denken und Fühlen zulassen konnte, dass die Geiselschießung, für die ich mitverantwortlich bin, ein barbarisches Ver-

brechen ist. Damit werden nicht nur Menschenleben zerstört und wird den Angehörigen schweres Leid zugefügt, zerstört wird auch die Hoffnung auf eine menschlichere Welt. Die soziale Radikalität von '68 hat sich in der RAF in militärische Radikalität verwandelt.

Zur Menschenrechtsarbeit, die ich später in brasilianischen Favelas verrichteten sollte, stand dies in eklatantem Widerspruch. Dort würde ich auf eine Situation treffen, in der sich die Frage von erlittener und ausgeübter Gewalt ganz anders darstellt. Die demografische Kurve bei männlichen Jugendlichen zwischen 16 und 24 Jahren im Großraum Rio de Janeiro hat eine Delle nach unten. Das sind die Jugendlichen, die in den Kriegen der Mafiabanden und in den Schießereien mit der Polizei umkommen. Aber die Favela ist auch ein Ort, wo viele Menschen in ihrem tagtäglichen Überlebenskampf es sich nicht nehmen lassen, ethisch-moralische Grundwerte menschlichen Zusammenlebens hochzuhalten. Gewaltanwendung ist da wirklich ein Tabu, jedenfalls im urbanen Bereich.

Nach 20 Jahren Haft wurde ich freigelassen. Ein Jahr später reiste ich zum ersten Mal nach Lateinamerika. Mitglieder der Tupamaros, einer ehemaligen Stadtguerilla-Gruppe gegen die sich anbahnende Diktatur in Uruguay, hatten mich in den letzten Haftjahren besucht. Nach dem Ende der Diktatur und ihrer Freilassung gründeten die ehemaligen Tupamaros 1985 eine politisch-soziale Bewegung, Resultat einer umfassenden Debatte. Hier in Montevideo gab es also ein Leben, auch ein politisches, nach dem bewaffneten Kampf. Bei meinem ersten Aufenthalt in Uruguay traf ich einen meiner ehemaligen Besucher. Er selbst

war wie auch ich lange in Isolationshaft gewesen. Jetzt ist er Minister, nicht unumstritten. Damals war er Beauftragter für internationale Beziehungen seiner Organisation. Zwei Stunden quoll es aus ihm heraus, über das Nachbarland Brasilien. Er war begeistert über die Landlosen-Bewegung MST. Es gelang ihm, mich mit Brasilien zu infizieren.

2002 zeichnete sich ab, dass ich als Kooperant des Weltfriedensdienstes in brasilianischen Favelas arbeiten, Verantwortung für etwas Sinnvolles würde übernehmen können. Ich würde mit Menschen arbeiten, die sich bemühten, aus eigenen Kräften ihre Lebenssituation zu bewältigen, oft mit dem Rücken zur Wand. Das kannte ich. Da ich mir selbst beweisen wollte, dass ich noch etwas anderes kann als RAF und Knast, legte ich mich ins Zeug. Gelegentlich schimmerte eine Erinnerung durch: Sind das wirklich die Menschen, um deren Befreiung es uns angeblich gegangen war? Ja, sie sind kämpferisch, auf eine ganz unspektakuläre Weise und mit ganz anderen Zielen. Sie suchen nicht den Bruch mit der bürgerlichen Gesellschaft, wie wir es versucht hatten, sie kämpfen um Inklusion, einen Zugang zur bürgerlichen Gesellschaft. Und darin sind sie etwa der Bewegung der Indignados, zum Beispiel in Spanien, die gegen ihre Exklusion kämpfen, sehr nahe.

In zwei Projekten der Armutsbekämpfung 2003 bis 2011 errichteten Favela-BewohnerInnen mit unserer Unterstützung Berufsbildungszentren, führten zahlreiche Berufsbildungskurse durch, implementierten eine regionale Arbeitsvermittlungsagentur, unterstützten Schulkinder beim Lernen, ermöglichten Jugendlichen, die hohe Hürde des Zugangs zu einem gebührenfreien Universitätsstudium zu nehmen, trainierten andere, um die Aufnahmeprüfung in den öffentlichen Dienst zu schaffen, bildeten kommunale MultiplikatorInnen aus in Themen wie Projektentwicklung und -management, Konfliktmanagement, Fundraising, Solidarökonomie, Kooperativwesen, Gender und vielem anderen mehr. Einige der KursteilnehmerInnen kandidieren derzeit für das Stadtparlament ihres Munizips, der lokalen Verwaltungseinheit. Andere arbeiten in gesetzlich verankerten Partizipativgremien mit, wo sie gegen die Präfektin die Teilnahme des Munizips am bundesstaatlichen Programm der Solidarökonomie und die Einrichtung eines Frauenhauses durchgesetzt haben. Wir gaben männlichen Jugendlichen, deren

mittlere Lebenserwartung beim narcotráfico, der Drogenmafia, bei 24 Jahren liegt, eine Perspektive zum Ausstieg und Überleben. Jugendliche aus fünf Favelas erarbeiteten, zusammen mit dem Theater des Unterdrückten, ein Stück zum Thema Teenager-Schwangerschaft. Ein großer Erfolg. Am Ermutigendsten war die Durchführung von Kleinstprojekten. Lokale Gruppen konnten mit einem kleinen Betrag ein Projekt selbstständig erstellen, durchführen und nach Abschluss berichten und abrechnen. Hier hatten wir es mit Menschen zu tun, denen über Generationen hinweg eingebläut worden war, dass sie nichts wert sind, dumm, faul und kriminell und dass sie immer jemanden über sich brauchen, der die Dinge für sie regelt. Wie der Faschismus in Deutschland jahrzehntelange Fernwirkungen hatte, so die Sklaverei in Brasilien. Die Hingabe, Fantasie und Akkuratess, mit dem die Gruppen diese Herausforderung bewältigten, zeigte, wovon diese Menschen träumten: ihr Leben und das Leben ihrer Gemeinschaft in die eigenen Hände zu nehmen. Und dass sie es können!

Brasilien hat mir etwas gegeben und mich etwas gelehrt. Ich weiß heute, dass wir in Deutschland relativ sind. Absolutheitsansprüche und Überlegenheitsdünkel, die es in Deutschland so oft gab und die heute noch immer nicht völlig überwunden sind, haben mit der Realität nichts zu tun. Sie helfen nicht. Sie verstellen den Blick auf die bisweilen schwierig zu handhabende Differenz und eine oft bereichernde Vielfalt. Eine brasilianische Freundin, die derzeit als Wissenschaftlerin in Frankfurt tätig ist, sagte mir am Telefon: „Hier gibt es wenig Geduld mit dem Unterschied!“ Brasilien ist ein anderes Gewächs. Es hat eine völlig andere Geschichte als wir, eine Geschichte, die zu Strukturen, Lebenseinstellungen, Empfindungen, Dynamiken und Prozessen, zu einer anderen Art, auf der Straße zu gehen, führt, die von unseren oft ziemlich verschieden sind. Sie sind nicht besser oder schlechter, sie sind anders. Auf jeden Fall aber genauso legitim.

Ich glaube, wir müssen in unserer heutigen sehr komplexen und widersprüchlichen Welt auch etwas stehen lassen können, was wir nicht sofort einordnen, verstehen können. Der brasilianische Soziologe Gilberto Freyre stellte fest: Die Brasilianer leben ein „und ... und“, die Europäer ein „entweder ... oder“. Die RAF funktionierte nach „entweder ... oder“.

Als Kooperant musste ich lernen, mit diesem „und ... und“ umzugehen. Der Mikrokosmos Favela ist nicht von jetzt auf nachher zu verstehen. Ich musste mich anpassen, ohne mich aufzugeben. Es war nicht mein Job, mich in einen Brasilianer zu verwandeln. Die Deutlichkeit etwa, mit der in Deutschland kritisiert wird, und das gehört auch zu meiner Sozialisation, ist in Brasilien verletzend. Auf der anderen Seite muss es in einem Projektteam die Möglichkeit geben, Fehler und Defizite anzusprechen. Als Drittes musste ich um ein konstruktives Arbeitsklima bemüht sein. Oft genug war die Arbeit mit den brasilianischen KollegInnen und den lokalen Gruppen ein Balanceakt, ein immer wieder neues Abwägen.

Im Gefängnis hatte ich gelernt, mich nur auf mich selbst zu verlassen, nur meinen eigenen Kräften zu vertrauen. Ich musste in der Favela lernen, zuzuhören, geduldig zu sein, verstehen, dass mit Einzelkämpfertum keine gemeinsamen Prozesse in Gang gesetzt werden. Ich musste lernen, dass meine analytische Bewältigung der Wirklichkeit keine universelle Gültigkeit hat. Die Armen nähern sich der Wirklichkeit narrativ. Auch hier werden Schlussfolgerungen gezogen. Die Erfahrung der Isolationshaft hat mich gelehrt, Information und Kommunikation wertzuschätzen. Mensch neigt dazu, sich in schwierigen Situationen Bilder zu machen,



die nicht immer realitätstüchtig sind. Je unzureichender die Information, je dünner die Kommunikation, desto größer das Potenzial für Missverständnis und Misstrauen. Was das Angebot von Kommunikation und Information betrifft, war ich in Brasilien stets bemüht, mit überzeugendem Beispiel voranzugehen. Ich glaube, das war oft eine wirkungsvolle Konfliktprävention. Politisch habe ich egalitäre Wurzeln. Brasilien ist in weiten Teilen noch immer eine stark hierarchisch und paternalistisch geprägte Gesellschaft. Das hat mir oft Bauchschmerzen gemacht. Aber man kann etwas anderes vorleben: Respekt vor dem, wie die Menschen und ihre Familien sind, sie dort abholen, wo sie sind. Die Menschen verstehen das und schätzen es. Es gibt ihnen die Idee, dass eine andere Welt möglich ist, in der sie wertgeschätzt werden.

Ich bin froh, dass ich mit diesen Menschen lernen durfte. Die Mehrzahl der Frauen (und wenigen Männer), mit denen wir zusammenarbeiteten, waren meist gut drauf. Oft zu Späßen und Geplauder aufgelegt, manchmal zu oft, da es die uns abverlangte Arbeitsdisziplin behinderte. Mit meinem Effizienzdenken war das oft nicht in Deckung zu bringen. Sicher gibt es in der Favela auch Depression und Traurigkeit, aber Lebensfreude, das habe ich hier gelernt, ist eine Waffe im Überlebenskampf. Um in so schwieriger Situation überleben zu können, bedarf es eines langen Atems und positiver Lebensenergie. Auch das ist eine Frage der Effizienz.

Eingeladen im Haus der Witwe eines bekannten brasilianischen Journalisten saß man in großer Runde zusammen. Eine Dame fragte mich, quer durch den Saal: „Sag mal, weshalb bist du hier in Brasilien?“ Ich sagte: „Wenn ich in Deutschland aufwache und habe ein Problem, gibt es für alles bereits eine vorgefertigte Lösung. In Brasilien muss ich mich anstrengen, eine Lösung zu finden.“ Großer Beifall, das gefiel.

Vielleicht konnte ich mit meiner Arbeit im Mikrokosmos Favela dort anknüpfen, wo meine Generation 1968 aufgebrochen war: die emanzipative Suche nach den eigenen Möglichkeiten, das Erschließen der eigenen Quellen, die gemeinsame Gestaltung.

Bei meiner Arbeit in der Favela habe ich gelernt, die Bedeutung demokratischer Teilhabe besser zu verstehen. Sie braucht Zeit und Geduld. Eine lokale Gruppe ist ein lebendiger Organismus, der im Lauf seiner Entwicklung und Reifung eigene Kriterien und Normen entwickelt. Die lokale Gruppe ist eingebunden in einen Prozess der Vernetzung. Die permanente Auseinandersetzung mit anderen, gerade auch solchen, die anderer Meinung sind, schützt vor realitätsfernen Abstraktionen, zwingt immer wieder, die eigenen Vorstellungen noch einmal zu durchdenken und zu überprüfen. Diese Prozesse stärken das individuelle und kollektive Selbstbewusstsein.

1985 war das Jahr, in dem in Brasilien die Militärdiktatur endete – und es war das Jahr, in dem die Regierung Thatcher den einjährigen Streik der britischen Bergarbeiter niederschlug. Es beginnt die Epoche des Glaubens an das freie Spiel der Marktkräfte, deren katastrophale Folgen wir heute erleben. Anders als in der Bundesrepublik Deutschland mit der 68er-Bewegung hatte Brasilien – zwischen Militärdiktatur und Neoliberalismus – keine nennenswerte Phase der Alltagsdemokratisierung. Nachhaltigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit und Armutsbekämpfung heißt für mich die wechselseitigen demokratisch-partizipativen Lernprozesse in der Zivilgesellschaft zu fördern.

Lutz Tauber war von 2003 bis 2011 Kooperant bei der NGO Campo in Brasilien. Heute ist er Vorstandsmitglied des WFD

Kolumne → Die andere Perspektive

Eigenes entgegen- setzen

Arbeit gegen Rechtsextremismus

Meine persönlichen Erfahrungen in der Arbeit zum Thema Gewalt stammen aus der staatlich finanzierten Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus. Zu dieser Zeit, zwischen 2002 und 2010, war man bereits davon abgekommen, unmittelbar mit rechtsextremen Gewaltakteuren zu arbeiten („akzeptierende Jugendarbeit“) und versuchte stattdessen, Gegenkräfte („Zivilgesellschaft“) zu stärken. Das konnte zum Beispiel bedeuten, BürgerInnen und Kommunalverwaltung einer Kleinstadt wie Salzwedel in der Altmark dabei zu unterstützen, sich gegen den alljährlichen Naziaufmarsch zur Wehr zu setzen.

Traditionelle politische Bildung und insbesondere Gedenkstättenpädagogik bewirken nach meiner Meinung nichts gegen verfestigte rechtsextreme Einstellungen. Ich würde darüber hinaus generell in Frage stellen, ob man da mit Pädagogik viel machen kann. In den Organisationen, in denen ich gearbeitet habe, machten wir gute Erfahrungen damit, alternative und linke Jugendliche darin zu bestärken, sich von der Gewalt Rechtsextremer nicht verdrängen zu lassen; zum Beispiel Punks, die den Kameradschaften vor Ort etwas entgegensetzen – und sei es nur eine andere Musik und Art zu leben. Hier bringt nur eine langfristige Zusammenarbeit und Unterstützung etwas, mit Kurzzeitpädagogik kann man im besten Fall nur neue Ideen anstoßen.



Georg Rohde ist seit 2011 Geschäftsführer des WFD. Von 2005 bis 2010 arbeitete er im Anne Frank Zentrum. Von Beruf ist er Diplompolitologe und Druckformhersteller für Offsetdruck

Entscheidend ist das Wie

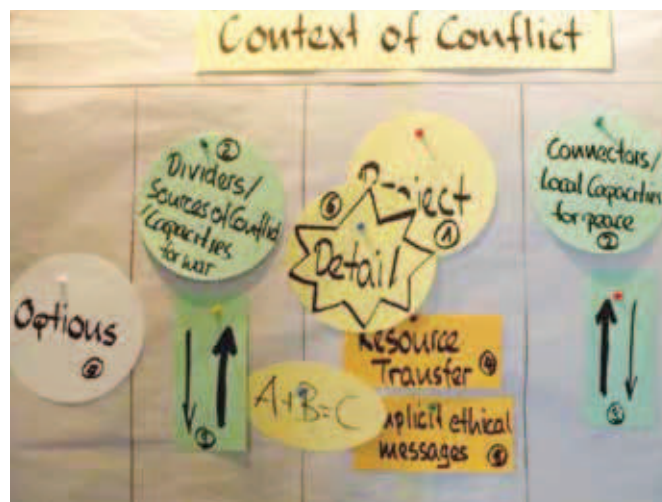
Do-No-Harm-Analysen zeigen an, ob man das, was man tut, richtig tut – nicht, ob man das Richtige macht

Die Gefahr unbeabsichtigter Folgen besteht in der Arbeit mit bewaffneten Gruppen in besonderem Maße. Deshalb ist Do-No-Harm (DNH) gerade bei der Arbeit mit bewaffneten Gruppen ein genauso wichtiges wie sinnvolles Instrument, welches bereits bei der Projektplanung unbedingt eingesetzt werden sollte.

Methodisch dient DNH als „prospektives Wirkungsbewertungsinstrument“. Der Fokus liegt auf der Identifizierung potenzieller unbeabsichtigter negativer Projektwirkungen, speziell der Verstärkung von Gewalt. Die Projektwirkung auf den Kontext wird überprüft und wenn nötig revidiert. Ein zentraler Wirkungsindikator ist dabei die Reduktion von Gewalt. Hierzu werden in einem spezifischen Kontext „Dividers“ und „Connectors“ – verbindende und trennende Faktoren – benannt. Zu erwarten ist, dass bewaffnete Gruppen im Gesamtkonfliktkontext erst einmal einen Divider darstellen. Aber: Dieselben Divider stellen möglicherweise in einem anderen Kontext, das heißt in deren Ursprungsregion oder in einer ethnischen Gruppe ebenso einen starken Connector dar. DNH-Analysen müssen daher immer kontextspezifisch sein, es ist kein One-size-fits-all-Instrument, denn gerade im Spezifischen und im Detail liegen oftmals die besonderen Herausforderungen. Friedensarbeit findet eben nicht nur zwischen Schwarz und Weiß, sondern oft in Grauschattierungen statt. Das gilt genauso für die Arbeit mit bewaffneten Gruppen.

Es ist das zentrale Ziel von DNH, die Divider so weit wie möglich zu schwächen und Connectors so weit wie möglich zu stärken. In diesem Anspruch liegt ein zentrales Dilemma, da eine Zusammenarbeit mit bewaffneten Gruppen zumindest im ersten Moment zu einer Stärkung des Dividers führt. Dies passiert durch zwei von DNH identifizierte zentrale Mechanismen: durch Ressourcentransfers und Implizite Ethische Botschaften.

Mit Ressourcentransfers müssen nicht unbedingt materielle Ressourcen gemeint sein, denn auch Wissenstransfers durch Trainings oder die Erschließung von Netzwerken durch neue Kontakte stellen wichtige Ressourcen dar. Durch die Zusammenarbeit zum Beispiel mit einer Internationalen Organisation wird eine bewaffnete Gruppe automatisch legitimiert, zu einem gewissen Teil sogar deren gewalttätigen Methoden – ein Mechanismus, der bei DNH als Implizite Ethische Botschaft bezeichnet wird. Wenn mit bewaffneten Akteuren gearbeitet wird, müssen diese Mechanismen reflektiert werden. Wenn möglich, müssen Maßnahmen



ergriffen werden, welche den Impliziten Ethischen Botschaften entgegenwirken, wie Bedingungen zu stellen und auf Gewalt zu verzichten. Zudem muss versucht werden, die im selben Kontext aktiven Connectors umso mehr zu stärken, was in der Realität oftmals vernachlässigt wird.

Letztendlich muss sich eine Organisation angesichts der identifizierten potenziellen negativen Auswirkungen und der erwarteten positiven Wirkungen einer Intervention immer auch überlegen, ob das Projekt, so wie es geplant ist oder angepasst wurde, Sinn macht und das Risiko wert ist oder ob die potenziellen Risiken zu hoch sind, um eine Zusammenarbeit mit bewaffneten Akteuren zu wagen. Um diese Fragen fundiert abzuwägen, kann DNH wesentliche, aber sicherlich nur ergänzende Hinweise geben. DNH hilft notwendige Informationen zu generieren und zu ordnen – Informationen, die grundlegend sind, um darüber entscheiden zu können, ob ein Projekt zur Reduktion von Gewalt beitragen kann, wenn in einem spezifischen Kontext mit bewaffneten Akteuren gearbeitet wird. DNH-Analysen können den Projektverantwortlichen die endgültige Entscheidung über den Sinn einer Intervention jedoch nicht abnehmen.



Christoph Mohni war von 2009 bis 2012 Kooperant beim WFD, er hat DNH-Trainings in Südamerika, Afrika und Asien gegeben und arbeitet jetzt als freiberuflicher Gutachter und Trainer in München

In Kindersoldaten wieder Kinder sehen

Die Psychologin Ruth Mischnick arbeitet mit Jugendlichen, die zum Kriegsdienst gezwungen wurden. Ihre Erfahrung in Indonesien zeigt, dass die jungen Täter durch behutsame Interventionen wieder ihren Platz in der Gesellschaft finden können

Als ich Reza in Banda Aceh traf, arbeitete er für eine NGO, die sich mit dem Schicksal von Kindern in einer Nachkriegsgesellschaft befasste. Reza war noch keine 20 Jahre alt und hatte mehr Menschen getötet als er Jahre zählte. Reza war ein ehemaliger Kindersoldat. Nun war er Teilnehmer an meinem Seminar zur Überwindung von Kriegstraumata. Formal betrachtet wollte er das Erlernte in seiner NGO weitergeben. Der wahre Grund seiner Anwesenheit war aber natürlich ein anderer.

Niemand wusste von seinem Schicksal. Er war irgendwann – noch während der Besatzungszeit – desertiert. Gäbe er sich zu erkennen, würde ihn die Polizei festnehmen. Fänden ihn seine ehemaligen

Kriegskameraden, würden sie ihn umbringen. Seine Schuld ließ ihm keine Ruhe – wie auch? Er war mit zwölf Jahren entführt worden und hatte in den bewaldeten Bergen gelebt.

Reza war Täter und Opfer zur gleichen Zeit. Mit zwölf Jahren zum Mord an indonesischen Soldaten gezwungen, hatte Reza eine Posttraumatische Belastungsstörung. Die Posttraumatische Belastungsstörung ist ein psychisches Phänomen und entsteht als Folge einer schweren traumatischen Erfahrung. Beispiele für solche Traumata sind Vergewaltigung, Naturkatastrophen, Krieg, Folter oder andere Gewalterfahrungen. Reza konnte aufgrund von intrusivem Schuldgefühlen nicht schlafen, sich nicht konzentrieren und hatte beständige Angst, entdeckt zu werden. Sein Leben hatte er in den Dienst von Kindern gestellt, damit diese niemals sein Schicksal erleiden sollten.

Ich habe mit Reza ein Jahr lang im Rahmen eines Projektes in Banda Aceh als psychologische Begleiterin gearbeitet. Wichtig war zunächst einen „sicheren Raum“ zu öffnen, in dem sich Reza mit all seinen Phänomenen zeigen konnte, ohne moralisch verurteilt zu werden. Einfach zuhören war wichtig. Vertraulichkeit gewährleisten. Reza wollte sein Trauma überwinden, sich seiner Schuld stellen, ohne dabei sein Leben zu verlieren. Ich bot ihm hypnosystemische Interventionen an: Symbolhaft für seine Schuld hat er einen Stein getragen, der zehn Kilo schwer war. Im Gehen, Stehen, Sitzen, unter der Dusche, beim Schlafen, in einem Rucksack. Der Stein war immer an seinem Körper. Die Aufgabe war: Höre, was die Schuld dir sagt. Und antworte ihr. Reza hat den Stein behauen,



um der Schuld Nachrichten zukommen zu lassen. Die Schuld hat ihm geantwortet und ihm einen Apfel als Symbol für sein jetziges Leben geschenkt, glänzend und mit Kernen darin, damit sich seine Bemühungen um Kinder vermehren können. Nach zwei Monaten trug Reza einen Stein mit sich herum, der fünf Kilo schwer war. Die Erlaubnis dazu hatte er vorher erfragt. Reza hatte ja schon begonnen, in indirekter Weise Wiedergutmachung zu betreiben. Die Steine wurden im Laufe eines Jahres immer kleiner. Einen handgroßen trägt er bis heute bei sich. Die Kollegen und die Kinder in der NGO können sich eine Realität ohne Reza nicht vorstellen. Er hat seinen Platz gefunden.

Wichtig für die Arbeit mit Kindersoldaten ist es aus psychologischer Sicht, sie zu individualisieren. Die Arbeit mit ihnen muss der Person Rechnung tragen und sie nicht als Gruppe betrachten, auch nicht in einem Projekt. Gruppe ist etwas Soldatisches und stigmatisiert weiterhin. Den sicheren Raum zu schaffen und ihnen Gelegenheit zu geben, sich selbst für das Gute zu entscheiden – dabei helfen unterstützende Maßnahmen. Integration in ein Schulsystem etwa, wenn Kindersoldaten die Schulbildung verpasst haben. Strukturelle Maßnahmen wie Arbeitsbeschaffung sind gleichfalls sinnvoll. Nichts lässt Gewalt besser wachsen als Langeweile.

Auch mit den Opfern und Opfergruppen zu arbeiten zahlt sich aus. Ihnen müssen die gleichen strukturellen Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Die Beispiele, in denen einzig die Täter später als geförderte Gruppe hervorgehen, um Gewalt zu vermeiden, zeigen, dass es so zu keiner wahren Versöhnung kommen kann. Im Dienste eines transformatorischen Ansatzes zur Konfliktbewältigung sollten Tätern Angebote gemacht werden, die ihren Bedürfnissen nach Heilung entsprechen und ihnen eine Zukunft weisen und zeitgleich sollten den Opfern die Möglichkeit gegeben werden, eine Wiedergutmachung zu erhalten. Strukturfördernde Maßnahmen müssen ihnen in gleicher Weise zuteilwerden wie Tätern.



Dr. Ruth Mischnick ist Juristin, Psychologin (Traumaexpertin), Mediatorin und Beraterin von nationalen und internationalen Organisationen (u. a. GIZ, UNO, UNITAR)

Myanmar – Annäherung an ein militarisiertes Neuland

Nach den ersten freien Wahlen herrscht Aufbruchsstimmung im Land. Doch für Friedensinitiativen beginnt die Herausforderung erst jetzt, hebt Myanmar-Experte Hans-Bernd Zöllner hervor. Die Verzahnung von Zivilgesellschaft und Militär braucht kenntnisreiche Projektplanung

Myanmar ist erst vor Kurzem ins Blickfeld internationaler Friedensinitiativen geraten. Ende März 2011 erhielt eine nominell zivile Regierung unter der Präsidentschaft von Thein Sein, einem Ex-Militär, die politische Verantwortung. Der Präsident übernahm die Führung von einer Militärjunta, der er als Premierminister gedient hatte. Aung San Suu Kyi, Friedensnobelpreisträgerin und Führerin der Opposition gegen das Militärregime, war bereits kurz vorher nach 15 Jahren Hausarrest freigelassen worden. Sie entschied nach einigem Zögern, sich bei den Nachwahlen im April 2012 um ein Parlamentsmandat zu bewerben, das sie mit überwältigender Mehrheit gewann.

Seit mehr als 25 Jahren führe ich Gespräche mit Birmanen in- und außerhalb Myanmars und habe oft Klagen über die fortwährende Stagnation gehört. Jetzt herrscht Aufbruchsstimmung in dem Land, und das wirkt beinahe schon unheimlich nach all der Zeit. Doch nun scheint tatsächlich ein Ende des Bürgerkriegs, der mit der Unabhängigkeit des Landes von Großbritannien im Jahre 1948 begonnen hatte, in Sichtweite. Das Gleiche gilt für eine Versöhnung zwischen dem Militär und den von Aung San Suu Kyi repräsentierten zivilen Kräften. Vor diesem Hintergrund ist es keine Frage, dass Friedensarbeit in Myanmar die Arbeit mit bewaffneten Gruppen einschließen muss – auf politischer, aber auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene. Schließlich sitzt Aung San Suu Kyi in einem Parlament, das nach der 2008 verabschiedeten Verfassung zu einem Viertel aus Soldaten besteht, die vom Oberkommandierenden ernannt wurden. Sie und die anderen Parlamentarier ihrer Partei der Nationalen Liga für Demokratie (NLD) können gar nicht anders, als mit den Angehörigen der Armee des Staates zu kooperieren. Außerdem war ihr Vater, der Nationalheld Aung San, der Gründer der birmanischen Armee. Da sollte doch eine Verständigung einfach sein – und Unterstützung der Friedensprozesse aus



dem Ausland eine Selbstverständlichkeit. Leider ist es so einfach nicht. Dass Myanmar erst vor Kurzem als Ort für Friedensinitiativen entdeckt wurde, heißt nämlich auch, dass die Helfer aus dem Ausland von den Bedingungen der Konflikte, die das Land immer noch zu zerreißen drohen, meist zu wenig Kenntnis haben. Einige kritische jüngere Birmanen äußerten in Diskussionen, dass nicht nur Myanmar neue Ideen und Kenntnisse braucht, sondern dass es den potenziellen Helfern ebenso geht und sie sich erst einmal mit den Hintergründen und der aktuellen Situation im Land vertraut machen müssten, um ansatzweise verstehen zu können, was das Land braucht. Denn Myanmar ist Neuland für die meisten ausländischen Beobachter. Sie müssen sich diesem Territorium vorsichtig annähern.

Dafür geben die folgenden Überlegungen erste Hinweise. Aung San Suu Kyi, die Generalstochter, hat inzwischen mehrmals mit Thein Sein, dem Ex-General, gesprochen. Sie können sich gut leiden, so wurde verlautbart. Aber was bedeutet das für die Entwicklung des Landes? Verstehen sie sich gut als friedliebende Zivilisten oder eher als Erben des Militärs? Erben eines Militärs, das die Republik der Union Myanmar, wie sie nun offiziell heißt, mit Waffengewalt in die Unabhängigkeit führte und dann mehrfach die Macht im Staat übernahm, um diese unter den Bedingungen des Kriegsrechts vor ethnischen und kommunistischen Rebellen sowie gegen die protestierenden Bürger des eigenen Landes zu verteidigen? Die Antwort auf solche Fragen kann wohl nur lauten, dass der zivile und der militärische Bereich in Birma/Myanmar untrennbar miteinander verflochten sind. Das Land strotzt vor Militanz, wie ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit zeigt.

Im September 2012 wurde ich von verwirrten Beobachtern der Ereignisse in Myanmar gefragt, was denn von den jüngsten Demonstrationen von Mönchen in Mandalay, der zweitgrößten Stadt des Landes, und anderen Orten zu halten sei. Die Robenträger hatten für eine Ausweisung der etwa eine Million Rohingyas demonstriert, einer ethnischen Gruppe, die überwiegend an der Grenze zu Bangladesch leben. Waren das dieselben Mönche, so wurde ich gefragt, die 2007 gegen das Militär demonstriert hatten? Damals waren sie für die Achtung der Menschenrechte eingetreten und jetzt unterstützten sie die Nachfolger der damaligen Gegner in ihrer Politik der Ausgrenzung der muslimischen Minderheit. Meine Antwort: Bei beiden Anlässen repräsentierten die Demonstranten die Stimmung der überwiegenden Mehrheit der buddhistischen Laien des Landes. Seit der Kolonialzeit ist diese Mehrheit extrem nationalistisch und hat extreme und größtenteils rassistische Vorurteile gegen im Land lebende Inder und dabei besonders gegen Muslime.



Zensierte burmesische Zeitung

Diese Vorurteile führen seit Juni 2012 immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen beiden Seiten. In der Vorgeschichte dieses Konflikts gingen Mönche im Jahr 1938 und später mit Stöcken und Messern bewaffnet gegen Muslime vor und halfen, Moscheen anzuzünden. Ein wesentlicher Grund für



diese Gewalt ist die Annahme, dass die Muslime planen, durch Heirat mit buddhistischen Frauen die birmanische Ethnie auszurotten. Aung San Suu Kyi, die Advokatin der Menschenrechte, schwieg zu dieser Problematik. Sie hätte ihre Anhänger verprellt, hätte sie sich für die Rechte der Rohingyas, als gleichberechtigte Mitbürger in Myanmar zu leben, eingesetzt. Misstrauen und Vorurteile prägen auch das Verhältnis der vielen ethnischen Gruppen im Lande zu den Angehörigen der Bevölkerungsmehrheit – und auch untereinander. Offiziell wurden mit den meisten ethnischen Gruppen Waffenstillstände abgeschlossen, aber es gibt noch keine Friedensschlüsse – ein Versöhnungsprozess ist Zukunft. Die ehemaligen Rebellen stehen immer noch Gewehr bei Fuß wie ihre Kollegen in der Armee Myanmars, der größten Südostasiens.

Eine Redensart in Myanmar lautet: „Wenn Mönche, Studenten und Soldaten in Harmonie miteinander leben, geht es dem Land gut.“ Eine solche Harmonie gab es nur in der Kolonialzeit, im gemeinsamen Kampf gegen die Briten. Danach zerbrach sie. Es war eine Eintracht gegen einen äußeren Feind. Einen Zusammenhalt der Gesellschaft für



Festessen in Yangoon

eine gemeinsame Idee hat es im Land bisher noch nicht gegeben. Friedensarbeit kann deshalb im Land nur bedeuten, daran zu arbeiten, die Schützengräben in den Köpfen der Bevölkerung zuzuschütten – gleich, ob diese Köpfe einen Helm tragen, kahl geschoren sind wie bei den Mönchen oder die oft wilden Haartrachten der Studierenden tragen, die mit beiden Gruppen im Geist eng verbunden sind. Das ist eine große Aufgabe.

Sie kann nur gelingen, wenn innerhalb und außerhalb Myanmars die Vorurteile und die Militanz in den Köpfen der Menschen abgebaut werden. In der Vorbereitung darauf müssen sich alle, die im Land Friedensarbeit entwickeln wollen, die Zeit nehmen, um ein Verständnis für die Kultur zu entwickeln. Dazu sind Gespräche nötig, nicht nur, aber auch mit den Angehörigen der verschiedenen bewaffneten Gruppen.



Dr. Hans-Bernd Zöllner ist Theologe und Südasiawissenschaftler. Seine Schwerpunkte liegen auf der Erforschung der jüngeren Geschichte und Politik Birmas/Myanmars und auf dem politischen Buddhismus in den Therawada-buddhistischen Ländern

Vor Ort



ZFD-Projekt

Von einer Kultur des Schweigens zu einer Kultur des Dialogs

Guinea-Conakry: RPPC,
Partner des WFD

Das tiefe Misstrauen, das zwischen der Bevölkerung und bewaffneten Sicherheitskräften durch jahrzehntelangen Machtmissbrauch besteht, wird durch ein Projekt, das vom WFD mitgegründet wurde, langsam überbrückt. Mithilfe traditioneller und moderner Methoden der Konfliktprävention entsteht Spielraum für friedliche Lösungen

Die Bevölkerung von Guinea-Conakry lebt in permanenter Angst vor Überfällen bewaffneter Banden, die ihre kriminellen Aktionen oft in Uniformen der Armee, Gendarmerie oder Polizei und mit extremer Brutalität durchführen. Gleichzeitig gehen Armee, Gendarmerie und Polizei bei Demonstrationen, Verhaftungen und Hausdurchsuchungen mit manchmal maßloser Gewalt vor. Weitgehende Straflosigkeit und eine Gerüchteküche, die von der Kultur des Schweigens genährt wird, führen dazu, dass die Grenzen zwischen Kriminalität und Sicherheitskräften verschwimmen. Die Kluft zwischen der Bevölkerung und den bewaffneten Sicherheitskräften ist die Konsequenz eines jahrzehntelangen politischen Versagens. Seit der Unabhängigkeit des Landes 1958 zeichnen sich die guineischen Regierungen durch korrupte Strukturen, Unterdrückung der Opposition und den Rückgriff auf ethnostrategische Maßnahmen aus, um Macht zu erobern oder zu erhalten. Immer wieder werden in Guinea-Conakry Menschenrechte verletzt.

Während der Diktatur des ersten Präsidenten Sékou Touré (1958-1984), der seine politischen Gegner mit Hasspropaganda gegenüber anderen Ethnien, dem berüchtigten Foltergefängnis Camp Boiro, Massenexekutionen und einem weitreichenden Spitzelwesen verfolgte, entstand aus Angst und Misstrauen eine „Kultur des Schweigens“, die bis heute in der guineischen Gesellschaft spürbar ist und die Beziehungen untereinander prägt. Auch der zweite Präsident Lansana Conté (1984-2008), der seit 1989 eine Scheindemokratie im Interesse des Zugangs zu Mitteln der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit förderte, unterdrückte Oppositionsparteien und ließ ihre Führer inhaftieren. Als die Bevölkerung im Rahmen eines von den guineischen Gewerkschaften ausgerufenen Generalstreiks im Januar und Februar 2007 zu großen friedlichen Demonstrationen auf die Straße ging, ließ er diese vom Militär blutig niederschlagen. Es gab nach offiziellen Schätzungen 87 Tote und Hunderte von Verletzten. Die weitgehend korrupte politisch-militärische Elite ist es gewohnt, ihre Privilegien mit Waffengewalt, regulären und irregulären





Wahltag 2010

Milizen und ethnischer Hetzpropaganda gegen die protestierende Bevölkerung durchzusetzen und instrumentalisiert Polizei, Gendarmerie und Militäreinheiten in diesem Sinne. Die Sicherheitskräfte werden unter ethnostrategischen Gesichtspunkten rekrutiert. Hinzu kommt ein von der herrschenden Nomenklatura vorgegebenes Feindbild: Opposition = Feind = plattmachen (mater!). Das führt dazu, dass die politische Opposition und die hinter ihr versammelten Ethnien ständigen Übergriffen ausgesetzt sind.

Die Sicherheitskräfte sind zum Teil sehr schlecht ausgebildet, Gesetzestexte zu ihren Rechten und Pflichten sind den einfachen Soldaten oft unbekannt. Zum Thema Menschen- und Bürgerrechte sind höchstens die oberen Ränge informiert. Hinzu kommen innere Fraktionierung, Schwächung der Kommandostrukturen, Straflosigkeit bei Machtmissbrauch und Übergriffen, Abgleiten in die Kriminalität von uniformierten Waffenträgern, Drogenkonsum (Kokain) und Alkoholmissbrauch. All diese Faktoren führen zu zunehmender Desorganisation der guineischen Streitkräfte und tragen dazu bei, dass sich der Graben zwischen Zivilgesellschaft und Sicherheitskräften über Jahrzehnte hinweg fast unüberwindbar vertieft hat. Als Reaktion auf diese Situation haben sich die Organisationen der guineischen Zivilgesellschaft (OSC) – mit der Menschenrechtsorganisation Organisation Guinéenne de Défense des Droits de l'Homme

et du Citoyen (OGDH) an der Spitze – mit dem WFD zusammengetan und im Oktober 2007 ein Friedensprojekt zur „Vernetzung der Zivilgesellschaft für gewaltfreien demokratischen Wandel in Guinea“ ins Leben gerufen: Renforcement de la Paix et Prévention des Conflits (RPPC).

Das Projekt kombinierte in seiner ersten Phase von Oktober 2007 bis April 2012 moderne und traditionelle Konfliktlösungsstrategien und vernetzte die Friedensakteure.

Seit 2011 ist daraus mit der Nationalen Friedenskoalition ein Dachverband entstanden, der das gesamte Land abdeckt. Die zentrale Idee des Projekts ist, die Kultur des Schweigens durch eine neue Kultur des Dialogs zu überwinden. Der Aufbau gruppenübergreifender Strukturen mit vertrauensvollen Beziehungen im Interesse einer friedlichen Demokratisierung war das übergeordnete Ziel der ersten Projektphase. Dafür wurden

staatliche und nicht-staatliche Akteure an einen „runden Tisch“ zum regelmäßigen Austausch über aktuelle Konflikte und Probleme eingeladen. Darunter waren Führungskader aus der Regierung und der Öffentlichen Verwaltung, Mitglieder des Sicherheitssektors (Militär, Polizei und Gendarmen), Vertreter der politischen Parteien und Akteure der Zivilgesellschaft (wie Jugend, Frauen und traditionelle Würdenträger). In diesen COC-Paix genannten Friedensforen treffen sich einmal im Monat Repräsentanten aller gesellschaftlichen Gruppen jenseits ethnischer, religiöser oder politischer Zugehörigkeit zur regelmäßigen Reflexion und Planung von Aktivitäten, damit sie Konflikte vorbeugen und bearbeiten können.

Wir waren überrascht und beeindruckt, wie couragiert und offen die Vertreter der Zivilgesellschaft in den Friedensforen die ihnen auf den Nägeln brennenden Konflikte thematisieren, trotz Anwesenheit von delegierten Vertretern der Sicherheitskräfte, die mit Erlaubnis des Außenministeriums (Militär und Gendarmerie) und des Innenministeriums (Polizei) von uns eingeladen worden waren.

Wir haben festgestellt, dass die Sicherheitsoffiziere, die am COC-Paix oder an Fortbildungen über Menschenrechte der OGDH teilgenommen hatten, ihr Verhalten im Lauf der Zeit änderten. Anstelle von blinder Befehlsausübung und brutaler Repression gegen unbewaffnete Demonstranten suchten sie nach alternativen Lösungen und Handlungsstrategien und öffneten sich dafür, einen Konsens im Dialog mit den anderen gesellschaftlichen Gruppierungen zu finden.

Allerdings stieß ihr persönliches Engagement auch auf Grenzen in ihrem beruflichen Umfeld, wie die Ereignisse um einen Kommandanten zeigen. Er arbeitet in Labé, einer Provinzhauptstadt im Landesinneren. Dort hat das Projekt seinen Sitz. Im September 2009 sollte der damalige Juntachef Moussa Dadis Camara in die Provinzhauptstadt Labé kommen. Am Vorabend seines Besuchs protestierten Jugendliche gegen seine Kandidatur bei den anstehenden Präsidentenwahlen. Die Demonstration sollte gewaltsam niedergeschlagen werden. Ein Mitglied der regionalen Gendarmerie, das regelmäßig im COC-Paix von Labé teilgenommen hatte, konnte das verhindern.

Da es dem „COC-Paix-Kommandanten“ gelungen war, zwei verhaftete Jugendführer im Rahmen seiner Deeskalationsstrategie auf freien Fuß zu setzen, wurde er von der begeisterten Jugend gefeiert und auf den Schultern getragen. Daraufhin denunzierten neidische Kollegen ihn bei seinen Vorgesetzten. Ihm wurde unterstellt, er mache mit der Opposition gemeinsame Sache und kam in Haft. Erst durch Vermittlung des Projekts mithilfe des Präfekten konnte er wieder befreit werden. Aber er wurde daraufhin degradiert und verhielt sich anschließend wesentlich zurückhaltender im Kontakt mit dem Friedensprojekt. So lehnte er eine angebotene Fortbildung zum Thema „Mediation bei Konflikten in Zusammenhang mit den Wahlen“ mit dem Argument ab, er wolle sich nicht zu sehr exponieren. Er fühlte sich überwacht und bedroht. An diesem Beispiel wird die bedrückende Ambivalenz derjenigen deutlich, die sich persönlich mit dem Konzept der gewaltfreien Konfliktlösung solidarisieren, aber beruflich dem Stil der gewaltsamen Unterdrückung Andersdenkender oder zu Feinden erklärter Bürger folgen müssen.

Dennoch hilft die enge Zusammenarbeit zwischen staatlichen Akteuren inklusive Sicherheitskräften und der Zivilgesellschaft, gemeinsam praktikable Lösungen in Konfliktsituationen zu finden. In den Friedensforen bauen die Teilnehmer in regelmäßigen Treffen Vertrauen zueinander auf, üben gegenseitige Akzeptanz und Toleranz, überwinden Misstrauen und Ängste und entwickeln eine gemeinsame Strategie zur Lösung gesellschaftlicher Konflikte.

Dabei sind die Teilnehmer immer wieder mit zwei entgegengesetzten Haltungen innerhalb des Militärs konfrontiert: Auf der einen Seite mit der traditionellen Logik der Sicherheitskräfte, die von autoritären Befehls- und Gehorsamsstrukturen ausgeht, auf der anderen Seite mit der Idee des „Baionnette Intelligente“, die den mitdenkenden moralisch verantwortungsbewussten und mitentscheidenden Staatsbürger in Uniform vor Augen hat. Das muss bei den Fortbildungsseminaren für Sicherheitskräfte und bei der Zusammenarbeit mit dem Militär berücksichtigt werden.

Durch kontinuierliche Arbeit entsteht zwischen diesen Polen immer mehr Spielraum für die Friedensarbeit – auch für jeden Einzelnen: Der denunzierte Kommandant bat einige Zeit nach den Ereignissen in Labé die WFD-Friedensfachkraft zu einer Beratung bei einer Konfliktlösung auf seiner Arbeitsstelle, um zu erfahren, wie der gewaltfreie Stil in diesem Rahmen wirken kann. Doch ohne einen deutlichen politischen Willen zu Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit durch die politischen Entscheidungsträger bleibt die Arbeit für Frieden und Menschenrechte sehr schwierig.

Offiziere ändern ihr Verhalten und suchen nach gewaltfreien Alternativen



Aboubacar Souaré arbeitet seit 1995 für den WFD, seit 2008 als ZFD-Fachkraft. Vor dieser Zeit war der gebürtige Guineer Gymnasiallehrer und Universitätsdozent

Susanne Souaré arbeitet seit 2008 im ZFD-Projekt, dokumentiert es fotografisch und betreut das Projekt organisatorisch und konzeptionell

Kurs halten

Auf dem Weg zum Krieg werden Fronten errichtet, die im Kopf beginnen, Menschen voneinander trennen und in Gewalt enden. Die Kernkompetenz von Friedensarbeit ist es, diese Fronten im Kopf wieder aufzulösen. Damit das möglich ist, müssen wir auch mit bewaffneten Tätern arbeiten, ihnen außerhalb kollektiver Zuschreibungen begegnen und sie als Individuen sehen.

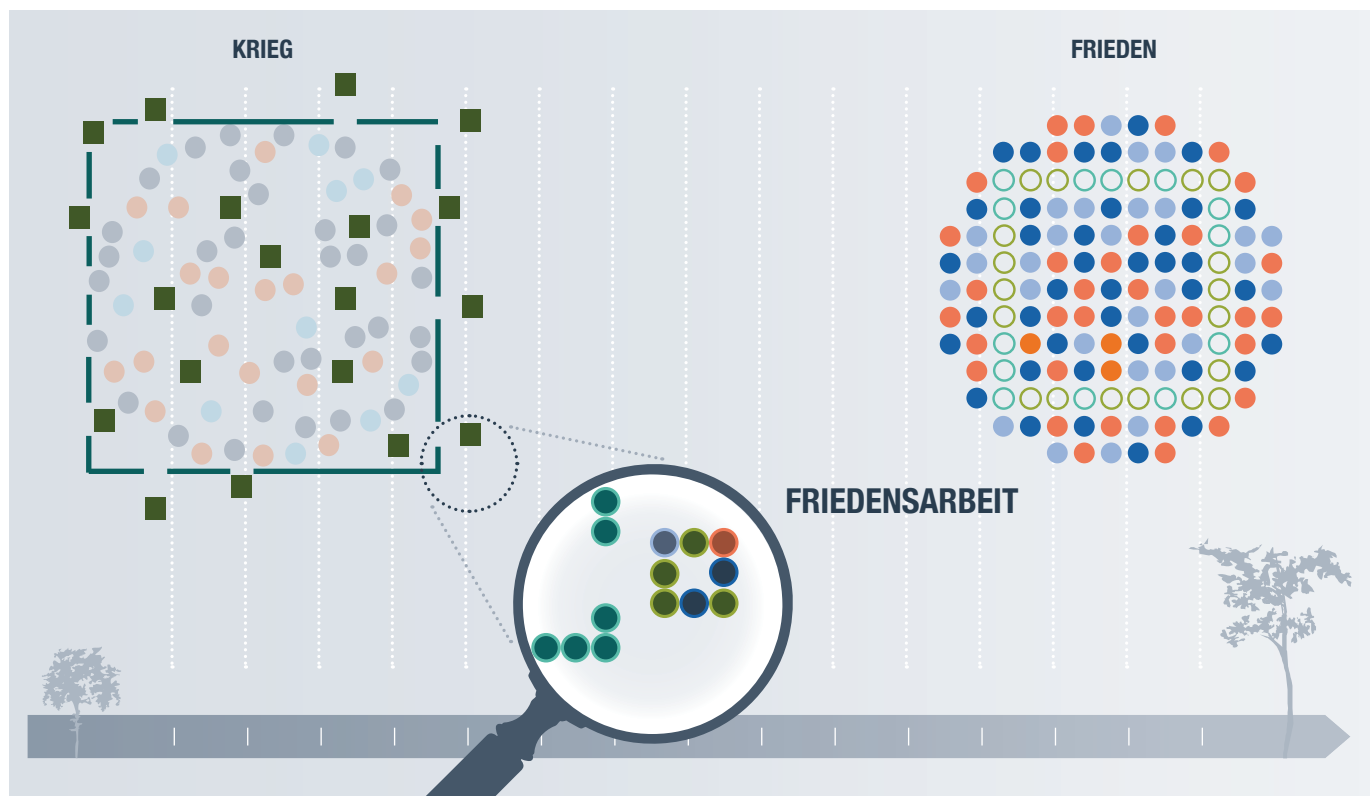
Diese Arbeit braucht Zeit. Friedensarbeit ist Bewusstseinsarbeit und nutzt die Möglichkeiten und Zugänge, die erst durch langfristiges Engagement entstehen. Kontinuität wird in der Versöhnungsarbeit und bei drohenden bewaffneten Auseinandersetzungen zur Kostbarkeit. Sie schafft Vertrauen. Scheinbar logische Verhaltensabfolgen werden unterbrochen.

Handlungsräume werden wieder bewusst: Es geht auch anders – ohne Gewalt, im Dialog. Die Arbeit mit bewaffneten Gruppen birgt Risiken und große Chancen: Ehemals bewaffnete Kämpfer, die sich für Gewaltfreiheit entscheiden, sind gesellschaftliche Pioniere und eine Bereicherung für Friedensprozesse. Sie bringen Innenperspektiven und ein Verständnis über die Strukturen der Bewaffnung und der ihr inhärenten Logik ein, die das Spektrum der Friedensarbeit erweitern. Diese Chance sollten wir ergreifen.

Doerthe Beer Projektleiterin WFD Kompass, Beraterin beim WFD für den Zivilen Friedensdienst – Wirkungsorientierung
Joachim C. Wehnelt Heftkonzeption, Kreativ-Trainer SiebenSinne.net

Die Quadratur des Kreises

Arbeit mit bewaffneten Gruppen zwischen Individuum und Gesellschaft





A man with glasses and a red shirt is looking up at a statue of a man in a military uniform. The statue is on a pedestal. The background is a clear sky.

Der Offizier und Friedensarbeiter erklärt im Interview, dass Projekte mit bewaffneten Akteuren von ihren eigenen Kollegen gemacht werden müssen, „also von denen, die ebenfalls Erfahrungen mit Waffen gemacht haben“
Seiten 16 und 17

„Wer sich für Gewalt entscheidet, kommt nie ans Ziel“

Bigna Nafantcham-na, genannt Yuri, Koordinator des WFD-Friedensprojekts Mom ku Mom (Hand in Hand) in Guinea-Bissau, vor der Statue des Unabhängigkeitskämpfers Amílcar Cabal